

3AL
DUPLICATE
OVER LIBRARY



LIBRARY
JAN 11 1956
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOVER
LIBRARY

*Die Kommunistische
Internationale*

1927 / HEFT 13

BERLIN, DEN 29. MÄRZ

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONAL

AUS DEM INHALT

Das Fazit der Völkerbundstagung / John Pepper: Das Labour-Party-Problem
in Norwegen / M. Alskij: Die Geldzirkulation als Mittel zur Zergliederung
und Ausbeutung Chinas / Kjai Samin: Der Aufstand auf Java und Sumatra
(Indonesien) / Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927
HEFT 13 29. MÄRZ

I N H A L T

	Seite
Das Fazit der Völkerbundstagung	605
Pepper: Das Labour-Party-Problem in Norwegen	612
Bennet: Die Kämpfer für die Demokratie oder der empfindsame Mister Brockway	623
Alskij: Die Geldzirkulation als Mittel zur Zergliederung und Ausbeutung Chinas	629
Samin: Der Aufstand auf Java und Sumatra (Indonesien)	642
Günther: Revue des Revues	650
Spektator: Krisis der Weltwirtschaft, Uebervölkerung Europas, Steuerüberwälzung	653

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	0,40
Postabonnement monatlich	1,—
Per Kreuzband monatlich	1,25
Postabonnement Quartal	3,—
Ausland:	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

DAS FAZIT DER VÖLKERBUNDSTAGUNG

Die vor einigen Tagen zu Ende gegangene Märztagung des Völkerbundes zeigte mit noch nicht dagewesener Anschaulichkeit, daß Genf nicht so sehr der Ort der offiziellen Ratssitzungen ist, wie der Mittelpunkt des inoffiziellen Schachers und des gegenseitigen Betrug es der leitenden kapitalistischen Gruppen Europas. Alles, was auf der offiziellen Tagesordnung des Völkerbundes stand, übertrifft seiner Bedeutung nach nicht den hundertsten Teil der Pläne, die hinter dem Rücken des Völkerbundes, hinter den Kulissen zu eingehender Erörterung gekommen sind. Während in den offiziellen Ratssitzungen Fragen erörtert wurden, wie die Einkleidung der französischen Besatzungstruppen im Saargebiet in die Uniform der Eisenbahner, wie das Recht der deutschen Staatsbürger in Polnisch-Oberschlesien, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken, kamen in den inoffiziellen Konferenzen der Leiter der Außenpolitik im heutigen kapitalistischen Europa Pläne zur Sprache, die im Falle ihrer Verwirklichung zu einem allgemeinen militärischen Zusammenprall führen müssen.

Nach der einstimmigen Behauptung der gesamten kapitalistischen Presse war die zentrale Frage, die in Genf erörtert wurde und alle anderen Fragen in den Schatten stellte, die sogenannte „russische Frage“. Diesmal war die gesamte kapitalistische Presse, um mit Chamberlain zu reden, von dem „aufdringlichen Gedanken“ der sowjetfeindlichen Pläne besessen, die in Genf debattiert wurden, und von den Plänen der sowjetfeindlichen Front, deren Grundlagen hinter den Kulissen des Völkerbundes geschaffen wurden.

Es ist gänzlich unmöglich, alle Bekundungen der internationalen bürgerlichen Presse anzuführen, die mit seltener Einmütigkeit diesmal konstatierte, daß Genf von der „organisatorischen“ Arbeit der Schaffung einer sowjetfeindlichen Einheitsfront in Anspruch genommen war. Am kennzeichnendsten ist wohl das Zeugnis des „Vorwärts“, der mehr als einmal mit schäumendem Munde den Beweis zu führen bemüht war, daß der Gedanke einer sowjetfeindlichen Front eine Erfindung der Kommunisten darstelle. Diesmal behauptete sogar dieses Blatt, daß die Taktik Englands darauf hinziele, für die kommende Einheitsfront der Mächte Stimmung zu machen.

Die ihrer Form nach schamlose, ihrem Inhalt nach lügenerische Erklärung Chamberlains, daß es keinerlei sowjetfeindliche Pläne gäbe, versank buchstäblich im Chorus der gesamten europäischen Presse. Es versteht sich von selbst, daß noch weniger Glauben der Erklärung Stresemanns geschenkt werden konnte, der mit lakaienhafter Dienstfertigkeit seinem entlarvten englischen Kollegen zu Hilfe eilte. Ungeachtet dessen, daß diese Tagung Deutschland absolut nichts eingetragen hat, fühlte sich Stresemann in Erwartung künftiger Wohltaten gedrängt, zu erklären, daß die Gerüchte von sowjetfeindlichen Plänen eine „böswillige Erfindung“ der Sowjetpresse darstellen. Das wurde in einem Augenblick gesagt, da die gesamte kapitalistische Presse von dieser „böswilligen Erfindung“ voll war, darunter auch die Presse der Partei, der Stresemann selbst angehört.

Eine nicht minder bezeichnende Entlarvung der Pläne der englischen Diplomatie und ihrer Tätigkeit vor und in Genf ist das eben erschienene Buch des nicht unbekanntes Augur „Die Sowjets gegen die Zivilisation“. In diesem Buche sagt Augur wörtlich folgendes:

„Die Erbitterung Tschitscherins und seiner Kollegen gegen England erklärt sich dadurch, daß die gegenwärtige englische Regierung mit allen Kräften bemüht ist, eine Mauer des vereinigten Europas gegen sie aufzuführen.“

An einer anderen Stelle des Buches „enthüllt“ Augur den Sinn von Locarno, indem er behauptet, daß

„die Annäherungstendenz zwischen den wichtigsten europäischen Staaten, die sich in Locarno und Genf angezeigt hat, nicht so sehr in der Kriegsmüdigkeit und in der wirtschaftlichen Notwendigkeit ihre Erklärung findet, wie in der Empfindung von der Existenz des Feindes aller Nationen, dieser verhaßten und gewissenlosen Mißgeburt, die die russische Revolution genannt wird“.

Augur hat zweifellos recht; denn alle Bemühungen der Genfer „Friedensstifter“ waren eben gegen die „russische Revolution“, gegen die USSR gerichtet.

Ausschließlich von diesem Standpunkt aus wurden alle diplomatischen Probleme und deren mögliche Lösungen einer Erörterung unterzogen.

Es braucht nicht aufs neue wiederholt zu werden, daß der wichtigste Lenker dieses sowjetfeindlichen Feldzuges Chamberlain war. Die Note, die er kurz vor der Genfer Tagung an die USSR abgesandt hatte, bezweckte nichts als eine **E i n s c h ü c h t e r u n g**. Hätte die Sowjetunion auf diese Note hin ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit England in Verhandlungen einzutreten, die sich auf eine „Beschränkung der Propaganda“ beziehen, dann könnte die englische konservative Diplomatie triumphieren und dadurch eine **H e r a b m i n d e r u n g** des internationalen Einflusses der USSR erreichen. Gleichzeitig würde eine derartige Antwort der Sowjetregierung die Veranlassung zu einem neuen Ansturm sowohl des englischen als auch des europäischen Kapitals auf die Arbeiterklasse geben. Die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung zu Verhandlungen über Fragen der Propaganda würde zu einem neuen Feldzug gegen die kommunistischen Parteien in einer Reihe von Ländern Anlaß geben. Desgleichen würde eine derartige Bereitwilligkeit die USSR in den Augen des um seine Befreiung kämpfenden chinesischen Volkes **h e r a b s e t z e n**. Auf diese Weise hätte Chamberlain und mit ihm die gesamte kapitalistische Welt gleichzeitig zwei Siege davontragen können; in Europa über den wachsenden Einfluß der USSR und über die „eigene“ Arbeiterklasse, im Osten über die chinesische nationale Revolution und überhaupt über die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker.

Dieses ganze Schema eines möglichen Sieges der englischen Diplomatie stürzte in dem Augenblick zusammen, als die Antwortnote der USSR eintraf. Nach dem durchaus richtigen Ausdruck der „Volonté“ blieb die englische Note ein „Schlag ins Wasser“. Die völlige Unmöglichkeit, den diplomatischen Angriff auf die USSR fortzusetzen, der Ansturm der „Dickköpfe“, die nach wie vor eine entschiedene Politik gegen die USSR forderten, die nahen Wahlen angesichts des bereits zutage tretenden Wahlbankrotts der Konservativen Partei und endlich die immer mißlicher werdende Stellung Englands

in China stießen Chamberlain auf die Notwendigkeit, aus dem einmal entstandenen Verhältnis zur Sowjetunion die logischen Schlüsse zu ziehen.

Die „Genfer Reise“ Chamberlains war also ein verzweifelter Versuch, den gordischen Knoten zu durchhauen, und zwar vermittels eines neuen und diesmal — nach Chamberlains Dafürhalten — wirksameren Ansturms auf die Sowjetunion, vermittels der Schaffung einer kapitalistischen sowjetfeindlichen Einheitsfront.

Noch vor der Absendung der letzten Note streckte die englische Diplomatie hinsichtlich der sowjetfeindlichen Front ihre Fühler nach Washington, Paris und Rom aus. Nach vielen Anzeichen zu schließen, hat diese Ermittlungsaktion (mit Ausnahme von Rom) keine irgendwie tröstlichen Ergebnisse gezeigt. Nichtsdestoweniger fehlte es bereits in der Genfer Periode an Zeit, um diese Sondierungen fortzusetzen. Es mußte gehandelt werden, und dies in aller Eile.

Das Schema Chamberlains, das die Errichtung einer antisowjetistischen Front enthielt, fußte auf der unerläßlichen Bedingung der Einbeziehung Deutschlands und Polens in diese Front. Gerade von dieser Aufgabe ausgehend, machte sich die englische Diplomatie an die Lösung aller derjenigen Probleme, die bis auf den heutigen Tag die gleichzeitige Einbeziehung sowohl Deutschlands als auch Polens in die gegen die USSR gerichtete Einheitsfront unmöglich machen. Vor Chamberlain erhob sich in ihrer ganzen Größe vor allem die Aufgabe, Deutschland für die Front zu gewinnen. Zu diesem Zweck erwies es sich als notwendig, der deutschen Bourgeoisie einen Preis zu zahlen, der in ihren Augen hoch genug sein sollte, um sie für den Verlust ihrer günstigen Lage auf dem Sowjetmarkte einerseits und für die Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion andererseits gebührend zu entschädigen. Die zweite Aufgabe, die in der Einbeziehung Polens in die antisowjetistische Front bestand, rührte an das nicht minder wichtige Problem, wie Polen mit Deutschland auszusöhnen und die Frage der Regulierung der deutschen Ostgrenzen zu lösen sei.

Von ihrem Haß gegen die rote Sowjetunion völlig verblindet, stürzte sich die englische Diplomatie Hals über Kopf auf die Lösung der beiden Aufgaben. Die erste Phase dieser Tätigkeit kam in wahnwitzigen Erpressungen zum Ausdruck, die zur Feststellung dessen vorgenommen wurden, um welchen Preis jeder der an diesen Erpressungen Beteiligten bereit sei, sich in die antisowjetistische Front einzureihen, und worin er den Leitern dieser Front dienlich sein könnte. Die bürgerliche Presse einer Reihe von Ländern, die an dem allgemeinen Schacher teilnahmen, begann eingehend die Entschädigung zu erwägen, um derentwillen das von ihr repräsentierte Land bereit wäre, seine Orientierung nach einer bestimmten Seite hin abzuändern. In dem Augenblick der Eröffnung der Genfer Tagung erreichten der Schacher und der wechselseitige Betrug unbestreitbar ihren Höhepunkt. Die in der kapitalistischen Presse mehrerer Länder mit zynischer Offenheit betriebene Erörterung der Frage, welche Stellung in dem Streit mit Sowjetrußland einzunehmen sei, zeigte die ganze Gefährlichkeit des Spieles mit dem Frieden, das diejenigen anzetteln, die in endlosen Kundgebungen stets versichern, daß ihre einzige Sorge die „Erhaltung des Friedens“ sei. Indessen

offenbarte dieses betrügerische Spiel nach kurzer Zeit auch andere Tatsachen. So enthüllte es vor allem mit unerhörter Deutlichkeit die tiefen Gegensätze und die unveröhnlichen Feindseligkeiten zwischen den einzelnen europäischen Ländern. Andererseits offenbarte schon allein das Mißlingen des Schachers bei der Aufstellung einer antisowjetistischen Front, daß die Beratung der Bedingungen für die Errichtung dieser Front zur Zeit der Genfer Tagung aus der Phase der diplomatischen Verhandlungen von den geistigen Vätern der Einheitsfront bereits in eine Phase hinübergeleitet worden war, in der es notwendig war, sich zu bestimmten Handlungen zu entschließen. Für jeden beliebigen kapitalistischen Staat führte die Frage, ob er sich für England entscheiden sollte oder nicht, mit außerordentlicher Schnelligkeit zu der Frage, ob er am nächsten Kriege unmittelbaren Anteil nehmen sollte oder nicht. Die Losung — Poincaré ist der Krieg — wurde diesmal durch die gleiche Losung ersetzt: Chamberlain ist der Krieg. Dieser Umstand förderte in nicht geringem Maße den Zusammenbruch der englischen Pläne zur Schaffung eines antisowjetistischen Blocks.

Zu der Frage betreffs der Gewinnung Deutschlands für den Antisowjetblock brachte Chamberlain ein Programm ein, nach dem die deutsche Bourgeoisie durch die unverzügliche Räumung der besetzten Teile der Rheinprovinz entschädigt werden sollte. Bei der Einbringung seines Vorschlags war Chamberlain bemüht, die Rolle einzuhalten, die England seit Locarno für sich in Anspruch nimmt, die Rolle des Schiedsrichters. Chamberlain brachte seinen Vorschlag ein, obwohl die Rheinprovinz bekanntlich nicht von England, sondern von Frankreich besetzt ist und obwohl die Frage der Räumung der Rheinprovinz bereits seit langem unmittelbar von Frankreich und Deutschland gemeinsam erörtert wird, wobei sie als entsprechendes Druckmittel gegen Deutschland angewandt wird, um die Verwirklichung des sogenannten Programms von Thoiry zu fördern. Die Einmischung Englands, das zu gelegener Zeit von beiden Parteien eine Provision heraus schlagen möchte, liegt nicht im Interesse des französischen und deutschen Kapitals, insbesondere der Schwerindustrie. Sie liegt nicht im Interesse desjenigen Teiles der rheinisch-westfälischen Industrie, der kraft einer Reihe von Umständen für eine unmittelbare Verständigung mit Frankreich, ohne irgend eine Vermittlung Englands eintritt. Sie liegt gleichermaßen nicht im Interesse desjenigen Teiles der deutschen Industrie, der den europäischen Konzernen, wie dem Stahl- oder Kalikoncern, angehört. Andererseits entspricht der englische Plan, Deutschland auf seine Seite zu ziehen, auf Kosten Frankreichs, das so seiner Waffe des unmittelbaren Druckes gegen Deutschland beraubt werden sollte, durchaus nicht den Interessen der französischen Schwerindustrie, die in der fortdauernden Besetzung der Rheinprovinz ein Instrument des außerökonomischen Druckes auf die Bedingungen der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erblickt. Endlich konnte die deutsche Bourgeoisie nicht umhin, die zunehmende wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands auf dem europäischen Markte in Rechnung zu ziehen und zu hoffen, daß in der nächsten Zeit die

Rheinprovinz auch ohne den Preis eines Bruches mit der Sowjetunion geräumt werden würde.

Alle oben angeführten Gründe führten denn auch zur Absage Deutschlands und zu dem sehr kühlen Verhalten Frankreichs gegenüber dem ersten Teil des englischen Planes.

Das war der erste Schlag, der in Genf gegen den englischen Vorschlag eines Antisowjetblocks geführt wurde.

Der zweite Teil des Planes bestand in einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen über die gesamten Fragen der deutschen Ostgrenzen. Auch hier stieß die von dem Gedanken einer deutsch-polnischen Aussöhnung im Namen des Antisowjetblocks besessene englische Diplomatie auf objektive Hindernisse. Die deutsche Außenpolitik, die, gestützt auf das stürmische Wachstum der deutschen Wirtschaft und auf die Eroberung der wichtigsten Positionen in der europäischen Volkswirtschaft tagtäglich an Einfluß zunimmt, ist nicht gewillt, sich in der Frage der deutschen Ostgrenzen die Handlungsfreiheit nehmen zu lassen, da sie in dieser Hinsicht nach wie vor die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes anstrebt. Von dem ganzen umfassenden Programm Chamberlains, das sowohl die Danziger wie Memeler Frage sowie die Sicherung der Ostgrenzen Deutschlands oder — richtiger gesagt — der Westgrenzen Polens umfaßte, blieb für die englische Diplomatie nur der eine Erfolg . . . die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die kurze Zeit vorher unterbrochen worden waren. Es braucht nicht bewiesen zu werden, daß dieser „Erfolg“ der englischen Diplomatie, der ohnehin den unmittelbaren volkswirtschaftlichen Interessen beider Länder entspricht, keinesfalls die gestellte Aufgabe löst, eine deutsch-polnische Verständigung herbeizuführen und beide für die Teilnahme am Antisowjetblock zu gewinnen. Wie stark auch der Wunsch eines bestimmten Teiles der polnischen Bourgeoisie und des Militärs sein mag, „mit wehenden Fahnen“ gegen Rußland ins Feld zu ziehen: — solange Polen hinsichtlich der Westgrenzen keine völlige Sicherheit erzielt hat, kann dieser geheime Wunsch nicht verwirklicht werden. Aus eben diesem Grunde bemühte sich die englische Diplomatie mit allen Kräften um die Lösung gerade dieser Aufgabe. Aus eben diesem Grunde ist der in dieser Hinsicht erlittene Mißerfolg besonders fühlbar für die Errichtung einer anti-sowjetistischen Front.

Auf diese Weise hat Chamberlain auf den zwei wichtigsten Abschnitten der Antisowjetfront eine entscheidende Niederlage erlitten. Die diplomatische Offensive Londons stieß auf außerordentlich ernsthafte Gegensätze zwischen den kapitalistischen Ländern Europas. Um „das Prestige zu wahren“ und nicht aus Genf mit leeren Händen zurückzukehren, erachtete es Chamberlain für notwendig, auf Rom einen Druck auszuüben und die Ratifizierung des Bessarabienprotokolls durch Mussolini zu erreichen. Dieser „Sieg“ sollte die Uebereinstimmung der Ansichten des konservativen Englands und des faschistischen Italiens in der Frage der gegen die Sowjets gerichteten Offensive zum Ausdruck bringen.

Es kann wahrlich gesagt werden, daß der kreißende Berg eine Maus geboren hat!

Der Mißerfolg der englischen Pläne in Europa und der englischen Tätigkeit zur Schaffung einer Antisowjetfront (zum mindesten für einen bestimmten Zeitabschnitt) trägt jedoch bei weitem keinen ausschließlich europäischen Charakter. Im Augenblick der Absendung der Note an die Sowjetregierung stand die Politik der englischen Bourgeoisie vor der Lösung zweier Aufgaben: der Errichtung eines Antisowjetblocks in Europa und der Niederringung der chinesischen Revolution. Der Plan Chamberlains umfaßte die Aufgabe, auf die USSR vom Westen her einen Druck auszuüben, um die internationale Position der Sowjetunion in Europa zu schwächen (im Falle eines Erfolges beispielsweise das Außenhandelsmonopol zu schwächen oder zu durchbrechen, in der Frage der russischen Vorkriegsschulden eine „Uebereinstimmung“ zu erzielen usw.) und um durch diesen Schlag den sowjetrussischen Einfluß auf den Osten und insbesondere auf China zu vermindern oder sogar zu lähmen. Wenn dieser Teil der Aufgabe ausgeführt worden wäre, dann würde die englische Bourgeoisie nach der Ausführung der allgemeinen kapitalistischen Absichten in bezug auf die Sowjetunion und nach der so erzielten gewaltigen Hebung ihres Prestiges im kapitalistischen Europa die Möglichkeit gewonnen haben, sich mit ihrem ganzen Gewicht auf die chinesische Revolution zu stürzen.

Das Versagen dieses ersten Teiles des Planes erschwert in bedeutendem Maße die Verstärkung des englischen Drucks auf China.

Man muß also notgedrungen bei der Feststellung der Resultate der Genfer Tagung den Schluß ziehen, daß der englische Konservatismus einen Mißerfolg von dreifacher Art erlitten habe. Es mißlang ihm, ein irgendwie haltbares Gerüst für einen Antisowjetblock zu schaffen. Er erlitt einen empfindlichen Mißerfolg in seiner Rolle als Schiedsrichter der europäischen Bourgeoisie und als Leiter bei der Lösung der gegen die Sowjetunion gerichteten allgemeinen kapitalistischen Aufgaben, die er im Jahre 1924 übernahm, als er den von der Sowjetunion und der Macdonald-Regierung unterzeichneten Vertrag durchbrach. Endlich blieb auch dem Versuch, der nationalrevolutionären Bewegung in China durch die Schwächung des westlichen Vorpostens der chinesischen Revolution — der Sowjetunion — einen neuen Schlag zu versetzen, der Erfolg versagt. Gleichermäßen wichtig ist auch der Umstand, daß der Mißerfolg der englischen Bourgeoisie bei der Organisation eines neuen Ansturms auf die Sowjetunion zugleich auch einen Mißerfolg für die gesamte europäische Bourgeoisie bei der Organisation eines neuen Ansturms auf die Arbeiterklasse in Gestalt der europäischen kommunistischen Parteien bedeutet.

Das ist das Fazit. Was nun weiter?

Die letzten Tage brachten gewisse Anhaltspunkte dafür, daß das Mißlingen der Organisation eines unmittelbaren Ansturms auf die Sowjetunion zu Versuchen geführt hat, neue Druckmittel gegen die USSR anzuwenden, die

diesmal unter der Parole einer „Annäherung an die Sowjetunion“ in Tätigkeit gesetzt werden.

Wieder beginnt eine Kampagne zur Gewinnung der Sowjetunion für den Völkerbund oder zum mindesten für eine Annäherung zwischen der Union und dem Völkerbund. Nach den Mitteilungen der offiziellen polnischen Telegraphenagentur beabsichtigen Briand, Stresemann und Zaleski, die Sowjetregierung zu überreden, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die im Herbst 1927 stattfinden wird. Andererseits veröffentlichen verschiedene deutsche Zeitungen, wie z. B. die „Kölnische Zeitung“, einen bestimmten Plan zur Annäherung zwischen der Sowjetunion und dem Völkerbund, wobei der Gedanke einer deutschen Vermittlung in den Vordergrund gerückt wird. Gleichzeitig machte dieser Tage der Kriegsminister Evans im Unterhause „Enthüllungen“ darüber, daß die „USSR an Giftgasen mehr als jedes beliebige europäische Land erzeugt“ und behauptet zugleich, daß die „USSR an keiner Konferenz teilnimmt, die sich mit der Einschränkung der Rüstungen befaßt“.

Diese ganze Kampagne verfolgt trotz der scheinbar widerspruchsvollen Erklärungen eine durchaus bestimmte Aufgabe. Diese Aufgabe besteht erstens in der Einschläferung der breiten werktätigen Massen hinsichtlich der wahren Pläne der europäischen Bourgeoisie. Die Genfer Tagung, die der ganzen Welt die drohende Kriegsgefahr vor Augen führte, hat in den breiten Massen der Werktätigen eine unerhörte Aufregung hervorgerufen. Für die „ruhige Tätigkeit“ zur Verwirklichung dieser Pläne (auf ihre Verwirklichung hat die englische Bourgeoisie trotz des Genfer Mißerfolgs selbstverständlich nicht verzichtet) ist es notwendig, sich wieder in die Toga des Friedensstifters zu hüllen. Es ist notwendig, zu zeigen, daß die englische Bourgeoisie bereit ist, die Sowjetunion im Völkerbunde zu „sehen“ und daß sie dadurch die Bezeichnung von sich weist, daß sie sowjetfeindliche Pläne schmiedet.

Andererseits ist es nicht minder wichtig, „der Welt zu zeigen“, daß die USSR ein Friedenshindernis darstelle, daß der tiefste Grund des unerhörten militärischen Druckes, der als noch nie dagewesenes Joch auf den werktätigen Massen der kapitalistischen Staaten lastet, in der Sowjetunion zu finden sei, und zwar in Anbetracht ihrer „Weigerung“, an der „Abrüstungstätigkeit“ der Genfer „Friedensstifter“ teilzunehmen.

Die kommunistischen Parteien der ganzen Welt müssen bei der Aufdeckung der Gründe für das Mißlingen der unmittelbaren Kriegspläne gegen die Sowjetunion mit aller Kraft beginnen, dieses neue Umgehungsmanöver gegen die USSR zu entlarven und zu beweisen, daß dieses Manöver die gleichen Ziele und Aufgaben verfolgt wie der Frontalangriff.

Es ist notwendig, es nicht bei der Feststellung des tatsächlichen Mißerfolges der englischen Bourgeoisie bewenden zu lassen, sondern wachsam alle möglichen Varianten des Antisowjetfeldzuges zu verfolgen und ihm alle Masken abzureißen.

Von dieser Wachsamkeit hängt die Vorbeugung des dreifachen Schlages ab, der nach wie vor die Aufgabe der kapitalistischen Welt darstellt: des Schlages gegen die Sowjetunion, gegen die kommunistischen Parteien Europas und gegen die chinesische Revolution.

JOHN PEPPER:

DAS LABOUR-PARTY-PROBLEM IN NORWEGEN

Die norwegische Arbeiterbewegung macht jetzt grundlegende Aenderungen durch. Zwei politische Parteien wurden neulich gegründet, beide auf Grundlage der Organisationsprinzipien einer Labour-Party, nicht auf Einzelmitgliedschaft, sondern auf den kollektiven Anschluß der Gewerkschaften aufgebaut. Die eine Partei kam durch die Vereinigung der Tranmaelschen Norwegischen Arbeiterpartei mit der Sozialdemokratie zustande, die andere wurde durch die linksstehenden Gewerkschaften und die Kommunistische Partei gebildet. Die gesamte Politik, ja sogar das Bestehen der Kommunistischen Partei Norwegens wurde in den Kampf um die Gründung dieser beiden Parteien verwickelt. Es ist also von großer Wichtigkeit, daß wir uns über die Labour-Party-Frage in Norwegen klare Rechenschaft geben.

Es ist selbstverständlich kein Zufall, daß in manchen Ländern sich die politische Arbeiterbewegung auf Grundlage der Einzelmitgliedschaft (Deutschland, Frankreich, Italien), in anderen Ländern aber die politische Massenbewegung der Arbeiterklasse sich auf Grundlage der kollektiven Mitgliedschaft der Gewerkschaften entwickelt hat (England, Australien, Kanada, die Entwicklungstendenzen in den Vereinigten Staaten). Die nähere Untersuchung zeigt, daß die Labour-Party-Form der politischen Entwicklung der Arbeiterbewegung in erster Reihe mit der frühzeitigen Spaltung der Arbeiterklasse in eine Arbeiteraristokratie und das eigentliche Proletariat zusammenhängt. In jenen imperialistischen Ländern (oder in Kolonien, wo die weiße Bevölkerung gegenüber den Eingeborenen eine imperialistische Rolle spielte), sind historisch zuerst die Gewerkschaften zustande gekommen und erst viel später, und zwar auf die Initiative der Gewerkschaften, wurde die politische Partei gegründet. Umgekehrt lief der Weg der Entwicklung in jenen Ländern, die verhältnismäßig spät eine imperialistische Entwicklung durchmachten, wo die politischen Parteien noch vor der Spaltung der Arbeiterklasse sich formierten und wo die politische Partei die Initiative bei der Gründung der Gewerkschaften innehatte. Wir finden aber auch einige Länder (Schweden, Norwegen, Ungarn), wo trotz dem Umstand, daß diese Länder keine imperialistischen Länder sind, doch die politischen Parteien der Arbeiterschaft, soweit sie Massenparteien sind, unmittelbar auf den Gewerkschaften aufgebaut sind. Besondere historische Umstände, die bisher noch nicht genügend untersucht worden sind, erklären diese Originalität der Entwicklung. In diesen Ländern erschien zwar die politische Partei zuerst auf der Bühne der Geschichte der Arbeiterbewegung und war die Gründerin der Gewerkschaften, die Arbeiterschaft aber war kein eigentliches Proletariat im großindustriellen Sinne des Wortes, sondern vielmehr eine Schicht von Handwerkergejerten mit sehr stark ausgeprägten Berufsunterschieden und Zunftgeist. Die zünftlerische Zusammengehörigkeit der Berufskollegen war viel stärker als die politische Zusammengehörigkeit der Klasse, und dieser

merkwürdige Uebergangszustand zwischen Handwerkertum und Proletariat erklärt den Aufbau der politischen Massenpartei auf den Gewerkschaften in diesen Ländern.

Es wäre unhistorisch und unrichtig, wenn man die kollektive Mitgliedschaft der politischen Parteien in Norwegen, Schweden oder Ungarn mit der kollektiven Mitgliedschaft der Labour-Party in England gleichsetzen wollte. Der sogenannte „anglo-sächsische“ Typ der Labour-Party hängt mit der imperialistischen Entwicklung eng zusammen, und die norwegische Entwicklung, wenn wir sie richtig verstehen wollen, darf unter keinen Umständen in denselben Topf geworfen werden. Im eigentlichen historischen Sinne des Wortes können wir, trotz äußeren Aehnlichkeiten, die auf kollektive Mitgliedschaft aufgebaute politische Parteientwicklung in Norwegen keine echte Labour-Party-Entwicklung nennen.

Zum Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung der norwegischen Arbeiterbewegung müssen wir folgende, grundlegende Faktoren in Betracht ziehen:

1. Die norwegische Arbeiterklasse ist noch immer kein großindustrielles Proletariat im englischen, amerikanischen oder deutschen Sinne des Wortes. Sie hat noch sehr viel handwerksmäßiges an sich, weist noch immer viel von dem alten Zunftgeist auf.

2. Die norwegische Arbeiterschaft stellt eine relativ große politische Macht im Lande dar, die weder ihrer Zahl, noch ihrer Wichtigkeit im Produktionsprozesse entspricht.

3. Die norwegische Arbeiterschaft ist verhältnismäßig sehr radikal, viel radikaler als es der revolutionären Entwicklung des Landes entsprechen würde.

Die relativ große politische Macht und den Radikalismus der norwegischen Arbeiterschaft können wir nur durch das Verständnis der Richtung der historischen Entwicklung Norwegens erklären. Die norwegische Bourgeoisie ist relativ sehr schwach. Die kapitalistische Entwicklung Norwegens setzte ziemlich spät ein. Das Kapital ist in Norwegen vielfach ausländisches Kapital. Schon Marx stellte fest, daß der norwegische Kleinbauer sich von der Stadt vollständig unabhängig gemacht hat. Norwegen war lange Zeit kein selbständiges Land, sondern war an Dänemark oder Schweden gekettet. Nicht die Bourgeoisie, sondern gewisse Schichten der Intellektuellen, die meist nicht von der Bourgeoisie, sondern entweder vom Bauerntum oder von traditionellen Intellektuellenfamilien kamen, spielten politisch die dominierende Rolle. Das Bauerntum stellte relativ immer eine große Macht dar. Es ist numerisch die wichtigste Schicht der Bevölkerung und hatte durch ihre Intellektuellen mindestens einen indirekten Einfluß auf die Staatsgewalt. Die Konstitution Norwegens enthält sogar eine Bestimmung, wonach nicht weniger als zwei Drittel der Parlamentsmitglieder immer aus den ländlichen Kreisen kommen müssen. Die Staatsgewalt in Norwegen war relativ immer sehr schwach und auch heute noch sind große Reste der Selbstverwaltung lebendig. Der jahrzehntelange Kampf für die nationale Selbständigkeit des Landes führte zur weiteren Schwächung der zentralisierten Staatsgewalt. Manche Schichten des Bauerntums, der Intellektuellen und in erster Reihe der Arbeiterklasse haben sich in dem Kampf gegen die Personalunion mit Schweden stark radikalisiert. Die

Führung im Kampfe für die nationale Selbständigkeit lag nicht in den Händen der Bourgeoisie, und der Kampf richtete seine Spitze nicht nur gegen die schwedische Dynastie, sondern auch gegen die Staatsmaschine. Diese historischen Umstände erklären, warum die Bourgeoisie in Norwegen schwächer ist als sie normalerweise sein sollte und warum andererseits die Arbeiterklasse eine relative politische Stärke und einen relativen Radikalismus aufweist.

4. Eine ungemein zähe und festgewurzelte Tradition der norwegischen Arbeiterbewegung, wonach die politische Partei in organisatorischer Verbindung mit den Gewerkschaften steht.

5. Norwegen wies — bis zur Gründung der zwei oben erwähnten neuen politischen Parteien — eine merkwürdige Dreiteilung der politischen Arbeiterbewegung auf: Rechts die schwache Sozialdemokratie, links die nicht starke Kommunistische Partei und im Zentrum die Tranmael-Partei als die einzige große Massenpartei. Die Sozialdemokratische Partei sowohl wie die Kommunistische Partei haben im Gegensatz zur Tranmael-Partei, die auf kollektiver Mitgliedschaft aufgebaut war, mit der Tradition der kollektiven Mitgliedschaft gebrochen, und sicherlich war dies eine der Ursachen, warum keine der beiden Parteien zur wirklichen Massenpartei geworden ist. Mit der allgemeinen Lage in Europa verglichen, zeigte also die norwegische Arbeiterbewegung ein „anormales“ Bild. Seit der Vereinigung der 2½ Internationale mit der II. Internationale ist die „normale“ Lage in der europäischen Arbeiterbewegung eine Zweiteilung der politischen Bewegung, eine Polarisierung: rechts die Sozialdemokratie, links die Kommunistische Partei. Die Proportionen zwischen diesen beiden Teilen sind sehr verschieden in den verschiedenen Ländern, die Zweiteilung aber erscheint überall. Norwegen war das letzte europäische Land, wo noch die „Anormalität“ der Dreiteilung der politischen Arbeiterbewegung bis zuletzt bestand.

6. Die Herrschaft der konservativen Regierung und eine starke Offensive des Kapitals. Die Regierung versucht die Rechte der Gewerkschaften einzuschränken, das „Recht auf Arbeit“ der Streikbrecher durch Zuchthausstrafen zu sichern, die Einführung der geheimen Abstimmung bei Streiks in den Gewerkschaften zu erzwingen. Die Unternehmervverbände versuchen auf der ganzen Linie, eine weitgehende Lohnreduktion (von 25—50 Prozent) durchzusetzen.

7. Die obenerwähnten Tatsachen und Faktoren haben in den letzten Jahren einen mächtigen und immer stärker werdenden Drang nach Einheit in der norwegischen Arbeiterschaft erzeugt. Die Kommunistische Partei versuchte diesen „Sammlungsdrang“ (wie der norwegische Ausdruck lautet) für verschiedene Einheitsfrontkampagnen zu verwerten. Man versuchte, diesem Drang die Form einer Labour-Party zu geben. Ohne einen nennenswerten Erfolg. Dann wurde die „Sammlungs-idee“ von Tranmael aufgenommen und ein großer „Sammlungskongreß“ wurde von den Tranmaeliten, Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsleitung einberufen. Die drei Organisationen bildeten ein sogenanntes Zwölfmänner-Komitee, welches die Verwirklichung der Sammlung leiten sollte. Sie sprachen über eine Klassensammlung, was sie aber in Wirklichkeit wollten, war selbstverständlich nur eine Parteisammlung. Die Tranmaeliten wollten sich nur mit den Sozialdemokraten vereinigen und wollten die Kommunisten von der Sammlung

ausschließen. Der große politische Einsatz der Sammlungskampagne waren jene Gewerkschaften, die bisher außerhalb der Tranmael-Partei und organisatorisch überhaupt außerhalb jeder politischen Bewegung standen. Die Tranmael-Partei hatte organisatorisch nur die Minderheit der Gewerkschaftsbewegung erfaßt. Die Mehrheit der Gewerkschaften war politisch „neutral“, mit anderen Worten, sie stand mit keiner der politischen Parteien in organisatorischer Verbindung, wenn auch ein Bruchteil von ihnen unter dem Einfluß der Sozialdemokraten, ein anderer Bruchteil aber unter dem Einfluß der Kommunisten stand.

Die Einberufung des Sammlungskongresses wurde von der Arbeiterschaft mit großer Begeisterung aufgenommen. In den ersten Zeiten sah es wirklich so aus, als ob die Vereinigung der Tranmael-Partei mit der Sozialdemokratie für große Massen des Proletariats als eine wirkliche Vereinigung der Arbeiterklasse selbst erschien. Der Drang nach der politischen Vereinigung der ganzen Arbeiterklasse war so stark, daß er nicht nur auf die sich bisher neutral haltenden Gewerkschaften zu wirken begann, sondern auch sehr tief und weitgehend auf gewisse Teile der KP Norwegens mit magnetischer Anziehungskraft wirkte. Die Sammlungs-idee verwandelte sich in gewissen Teilen der Kommunistischen Partei zur Liquidierungs-idee. Eine gefährliche Liquidierungstendenz erhob ihr Haupt. Eine Reihe von Führern der Kommunistischen Partei hat ungefähr folgende Gedankengänge entwickelt: „Die Kommunistische Partei hat eine Existenzberechtigung in Ländern, wo eine revolutionäre Situation vorhanden ist; aber nicht in Norwegen. Wir wollen ja nicht gegen die Kommunistische Internationale auftreten; wir sind gegen die zweite Internationale; aber wir müssen aussprechen, daß die Taktik der Komintern, so gut sie für andere Länder ist, für Norwegen unrichtig ist. Die Kommunistische Partei in Norwegen ist nur ein künstliches Gebilde; ihre weitere Aufrechterhaltung wäre eine reine Prestigepolitik. Die Kommunistische Partei Norwegens muß in der gegenwärtigen Lage eine hoffnungslose Sekte bleiben. Die einzig richtige Taktik wäre, wenn sich die Kommunisten im Interesse der Arbeiterklasse der Sammlungs-partei der Tranmaeliten und Sozialdemokraten anschließen, dort vielleicht eine linke Fraktion organisieren würden und dann langsam im Laufe vieler Jahre diese neue mächtige Massenpartei von innen für die kommunistische Idee und für die III. Internationale erobern würden“. Diese liquidatorische Stimmung selbst aber ging viel tiefer und beherrschte, wenn auch unbenutzt, manche Teile der Parteimitgliedschaft. Sie nahm die Form einer gefährlichen Passivität und Apathie an. Manche Kommunisten sagten: „Wozu Kampf; es lohnt sich noch nicht; der Feind ist übermächtig; die Vereinigung der Tranmaeliten und Sozialdemokraten wird jede erfolgreiche kommunistische Arbeit unmöglich machen“. Um einmal die Terminologie des albernen Freudismus anzuwenden: es machte sich ein merkwürdiger „Inferioritätskomplex“ in manchen Teilen der Partei bemerkbar.

Gleichzeitig aber meldete sich in der Kommunistischen Partei auch eine andere Reaktion auf die Sammlungs-idee: ein ultralinkes Widerstand, der auf den Sammlungsdrang der Arbeitermassen mit einer schroffen Abwendung antwortete. Die Liquidatoren wollten kopfüber — alle Kleider ihrer Prinzipien abwerfend — in den mächtigen Strom des Einheitsdranges

der Massen hineinspringen; die Ultralinken aber wollten, wasserscheu, am Ufer des Einheitsstromes stehen bleiben, da sie fürchteten, daß sie die Sonntagskleider ihrer Prinzipien naß machen könnten.

Die Kommunistische Internationale versuchte den Einheitsdrang der Massen in die Kanäle einer Labour-Party zu lenken, mit anderen Worten: in die Form solcher Einheitsfrontorganisationen, die die Teilnahme der Kommunisten ohne das Aufgeben der Identität der Kommunistischen Partei möglich machten. Die Ultralinken aber erklärten sich prinzipiell gegen die Labour-Party-Linie, die — wie sie sagten — vielleicht gut sei für solche Länder wie England und Amerika, wo die Arbeiterbewegung rückständig ist, die aber unrichtig wäre für Norwegen, wo die Arbeiterklasse eine revolutionäre Tradition besitzt. Die ultralinke Reaktion sprach sich für den glatten Boykott des Sammlungskongresses aus, da sie nur auf diesem Wege die Selbständigkeit der Kommunistischen Partei gerettet sah, und wollte den Gewerkschaften den Rat geben, sie sollten sich neutral verhalten.

Beide Linien wären für die Kommunistische Partei verhängnisvoll gewesen. Die liquidatorische Linie hätte die Partei zur direkten Auflösung geführt, die ultralinke Linie aber hätte die Auflösung und Zersetzung der Partei auf indirektem Wege erreicht, da sie durch ihre negative Einstellung nicht hätte verhindern können, daß große Teile der Parteimitgliedschaft sich an die neue tranmaelitisch-sozialdemokratische Partei anschließen.

Die Parteileitung der Kommunistischen Partei Norwegens hatte auf Grund eingehender Beratungen mit der Exekutive der Kommunistischen Internationale in dieser gefährlichen, für das Schicksal der Partei so entscheidenden Situation die richtige taktische Linie gefunden. Diese Taktik war die Folgende: Kein Boykott des Sammlungskongresses, sondern eine aktive Teilnahme an demselben. Die Kommunistische Partei und die linksstehenden Gewerkschaften sollen überall Delegierte zum Sammlungskongreß wählen, aber auf einer besonderen politischen Plattform. Der Sammlungskongreß soll als eine sozialdemokratische Unternehmung denunziert werden, der statt Klassensammlung nur eine opportunistische Parteisammlung erreichen will. Die Kommunistische Partei soll unter keinen Umständen liquidiert und ihre Verbindung mit der III. Internationale unter keinen Umständen abgebrochen werden. Das Rückgrat der besonderen politischen Plattform muß also die Zurückweisung der Bedingungen des „Zwölf-Männer-Komitees“ bilden. Die Delegierten sollen auf „freier“ Grundlage gewählt werden.

Mit dieser Linie hatte die Partei die richtige Taktik eingeschlagen. Die große Aufgabe bestand darin, die durch jahrelange Fraktionskämpfe und durch liquidatorische und ultralinke Stimmungen geschwächte Partei so zusammenzureißen, daß sie befähigt wird, diese richtige Taktik mit der nötigen Energie und Aktivität durchzuführen. Die erste Aufgabe war es, die Partei zu aktivieren. Das ist geschehen durch eine Konferenz des Parteiausschusses, durch Konferenzen aller Bezirke, durch Inbewegungsetzen des ganzen Parteiapparates im Dienste der Kampagne. Der zweite Schritt mußte die Mobilisierung der Gewerkschaften sein. Man mußte die Frage, ob die Delegierten auf der Grundlage der Bedingungen des Zwölf-Männer-Komitees, oder auf „freier“ Grundlage gewählt

werden sollen, in jede Gewerkschaft hineinbringen — und man hat die Frage in der Tat in jede lokale Gewerkschaft, in jedes Gewerkschaftskartell hineingebracht. Die Kampagne schlug so hohe Wellen, das Interesse der Arbeitermassen an der Sammlungsfrage war so groß, daß die Streitfrage sogar in den entlegensten Ecken des Landes, in allen Arbeiterorganisationen, in allen Gewerkschaften gestellt und leidenschaftlich durchdiskutiert wurde. Die kommunistische Kampagne hatte folgende Argumente:

Keine Parteisammlung, sondern eine echte Klassensammlung, die ohne die Teilnahme des linken Flügels, ohne die Kommunisten nicht vollständig sein kann.

Für die proletarische Demokratie; für das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen — gegen die Diktatur des „Zwölf-Männer-Komitees“.

Nicht jede „Klassensammlung“ dient den Interessen des Proletariats, sondern nur jene, die zum Kampfe gegen die Bourgeoisie und nicht zur Kapitulation vor der Bourgeoisie führt.

Die Kommunistische Partei Norwegens wollte nicht nur — wie die sozialdemokratischen Beschuldigungen lauteten — die Gründung einer Labour-Party als „Manöver“, sondern sie wollte sie ehrlich und aufrichtig. Mit anderen Worten: Sie wollte eine politische Zusammenfassung aller Arbeiterparteien und Gewerkschaften, wenn diese nicht die Liquidierung der Kommunistischen Partei zur Vorbedingung hätte. Die Möglichkeit der Formierung einer großen, allumfassenden Labour-Party bestand aber nicht, da die Sozialdemokraten unter keinen Umständen mit den Kommunisten zusammengehen wollten und da auch der „linke Flügel“ in der Tranmael-Partei als Vorbedingung die Forderung stellte, daß die Kommunisten die „Souveränität“ des Sammlungskongresses anerkennen müssen, oder mit anderen Worten: daß sich die Kommunisten auch einem Mehrheitsbeschluß unterwerfen sollen, der die Auflösung der Kommunistischen Partei und das Abbrechen ihrer Verbindung mit der III. Internationale fordert. Die Kommunistische Partei befand sich in einer schwierigen Lage. Ihre Kampagne machte täglich größere Fortschritte und ergab günstige Resultate. Nicht weniger als vierhundert Delegierte wurden auf „freier“ Grundlage gewählt: Zweihundert Delegierte von hundertsechzig Gewerkschaften, sechzig Delegierte von Arbeitslosenorganisationen, Land- und Waldarbeitergewerkschaften, Sportorganisationen und proletarischen Frauenvereinen und hundertvierzig Delegierte der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Jugend. Die Teilnahme am Sammlungskongreß wurde durch die Wahl dieser vierhundert Delegierten zur zentralen taktischen Frage. Unter keinen Umständen konnte man sich gegen die Teilnahme aussprechen, da die vierhundert Delegierten auf Grundlage der Plattform der aktiven Teilnahme am Kongreß gewählt worden sind, wenn auch gleichzeitig mit der Zurückweisung der diktatorischen Bedingungen des „Zwölf-Männer-Komitees“. Die Teilnahme am Kongreß aber drohte mit großen Gefahren. Wenn ein Mehrheitsbeschluß des Kongresses — und eine große opportunistische Mehrheit war ja vorhanden, da die Tranmaeliten und Sozialdemokraten und die durch sie beeinflussten Gewerkschaften 870 Delegierte wählten — die Auflösung der Kommunistischen Partei bestimmt hätte, wäre die Kommunistische Partei

gezwungen gewesen, den „freien“ Delegierten den Rat zu geben, die „Souveränität“ des Kongresses zu verletzen und den Kongreß zu verlassen. Dann hätte das volle Odium des dramatischen Bruches mit der Mehrheit, der offenen Spaltung auf den Kommunisten gelegen. Man mußte auch befürchten, daß ein Teil der „freien“ Delegierten so eine Spaltung nicht mitmachen würde. Die Lage war schwierig: Einerseits war es unmöglich, daß die Kommunisten die „Souveränität“ eines von Opportunisten beherrschten Kongresses anerkennen, andererseits war es unmöglich, das Odium des offenen Bruches auf sich zu nehmen. Einerseits mußte man die Wahl der „freien“ Delegierten mit der Parole der Teilnahme am Kongreß durchführen, andererseits aber war es unmöglich, diese Teilnahme bedingungslos zu bewerkstelligen. Einerseits mußte man die Spaltung unter allen Umständen vor dem Kongreß vermeiden, andererseits aber war es eine unabwendbare Notwendigkeit, die vierhundert Delegierten irgendwie organisatorisch zusammenzufassen.

Die richtige Lösung dieses Dilemmas hatte die Partei dadurch gefunden, daß sie die vierhundert Delegierten gerade auf der Plattform des „gemeinsamen und organisierten Kampfes“ um die Zulassung zum Sammlungskongreß, um die Anerkennung der „freien“ Mandate als solche zusammenfaßte. Die Partei hat sich nicht schroff und prinzipiell gegen die Anerkennung der „Souveränität“ des Sammlungskongresses gewandt. Sie erklärte: Wir werden die „Souveränität“ eines Kongresses der gesamten Arbeiterklasse anerkennen, wenn bei der Einberufung, Organisation, Vorbereitung und Durchführung des Kongresses die Bedingungen der proletarischen Demokratie eingehalten werden. Der gegenwärtige Sammlungskongreß aber ist durch grobe Verletzungen der proletarischen Demokratie zustande gekommen und darum kann er nicht den Anspruch erheben, im Namen der Arbeiterklasse endgültige und bindende Beschlüsse zu fassen.

Diese richtige Taktik der Kommunistischen Partei Norwegens wurde dann im raschen Zuge durch folgende Schritte durchgeführt:

Ein Einladungskomitee aus bekannten Gewerkschaftlern wurde gebildet, welches die vierhundert auf „freier“ Grundlage gewählten Delegierten zu einer Konferenz nach Oslo einlud.

Einen Tag vor dem Zusammentritt des Sammlungskongresses kam die große Konferenz der Vierhundert zustande.

Die Konferenz wählte eine Deputation und sandte einen Offenen Brief an den Sammlungskongreß mit der Forderung der Anerkennung der „freien“ Mandate.

Die Deputation der Vierhundert wurde auch vom Sammlungskongreß empfangen und angehört, aber in perfider Weise erst, nachdem die Abstimmung, die die Anerkennung der „freien“ Mandate — mit 800 gegen 19 Stimmen — ablehnte, stattgefunden hatte.

Die Konferenz der Vierhundert nahm darauf eine Erklärung an, in der sie gegen die Spaltung der Kräfte der Arbeiterklasse protestierte, die Verantwortung für sie auf die Führer der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“ abwälzte und sich zum „Kongreß der Klassensammlung“ konstituierte.

In dreitägiger Arbeit nahm der Kongreß der Vierhundert folgende Resolu-

tionen an: Allgemeines Aktionsprogramm, Frage der Arbeitslosen, Bauernfrage, Militärfrage, internationale Gewerkschaftseinheit und die internationalen Verbindungen der norwegischen Gewerkschaften (Russisch-norwegisch-finnisches Gewerkschaftskomitee), Aufbau des Sozialismus in Sowjetrußland und Kampf gegen die Interventionsgefahr, Solidaritätserklärung mit der chinesischen Revolution, Jugend- und Sportfragen.

Nachdem der sozialdemokratisch-tranmaelitische Sammlungskongreß die neue vereinigte Partei konstituiert hatte, hat auch der Kongreß der Vierhundert die Gründung einer neuen Partei beschlossen „die Sammlungspartei der Arbeiterklasse“.

Nach dem Kongreß setzte eine breitangelegte Organisationskampagne ein, die die neue „Sammlungspartei der Arbeiterklasse“ lokal und regional zu organisieren begann.

Das Ergebnis der großen, monatelang dauernden Sammlungskampagne war also die Gründung zweier neuer Parteien: Auf der einen Seite die Vereinigung der Tranmaeliten mit den Sozialdemokraten und die Gründung der „Vereinigten Arbeiterpartei“; auf der anderen Seite die Formierung der „Sammlungspartei der Arbeiterklasse“ mit Teilnahme der Kommunisten. Beide Parteien gehören organisatorisch zum Labour-Party-Typus; sie haben keine Einzelmitgliedschaft, sondern sind durchwegs auf Kollektivmitgliedschaft der Gewerkschaften aufgebaut. In der ersten Partei haben die Sozialdemokraten die geistige Hegemonie; die zweite Partei steht unter der ideologischen Führung der Kommunisten. Die Formierung dieser beiden Parteien hat der politischen Dreiteilung der norwegischen Arbeiterbewegung ein Ende gesetzt und hat dadurch die im gegenwärtigen Europa „normale“ Zweiteilung der politischen Arbeiterbewegung hergestellt.

Die Gründung der „Sammlungspartei der Arbeiterklasse“ oder mit anderen Worten: die Formierung einer linksstehenden Labour-Party, einer Minderheits-Labour-Party ist eine neuartige Tatsache in der internationalen Arbeiterbewegung (nur in den Vereinigten Staaten Amerikas hatten wir in mancher Hinsicht ähnliche Tendenzen im Jahre 1923), die jedenfalls unser aufmerksames Studium verdient und die dazu berechtigt, die Frage aufzuwerfen, ob und wie weit diese neuartige Taktik richtig und erfolgreich war.

Die Gründung dieser neuen „Links“-Labour-Party war selbstverständlich nur dann berechtigt, wenn eine genügende Massenunterstützung seitens der Gewerkschaften vorhanden war. Die Tatsachen zeigen, daß unter den vierhundert Delegierten nicht weniger als zweihundert Gewerkschaftsdelegierte waren und sechzig andere, die von nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen geschickt worden sind. Die Mehrheit der bisher „neutral“ stehenden, mit keiner politischen Partei organisatorisch verbundenen Gewerkschaften war auf dem Kongreß der „freien“ Delegierten vertreten und hat an der Gründung der neuen Partei teilgenommen. In Oslo ist es zwar den Tranmaeliten gelungen, einen großen Teil der bisher „neutral“ gewesenen Gewerkschaften an sich zu reißen, im ganzen übrigen Lande aber zeigt sich ein umgekehrtes Bild. Die kommunistische Kampagne hatte einen durchschlagenden Erfolg bei der überwältigenden Mehrheit der bisher „neutralen“ Gewerkschaften.

Die „Links“-Labour-Party ist eigentlich nichts anderes als eine eigenartige, originelle Form der Einheitsfront zwischen der Kommunistischen Partei und nichtpolitischen Arbeiterorganisationen. Nur durch die Gründung dieser Labour-Party konnten die Kommunisten die linken Gewerkschaften an sich binden. Man darf ja nicht vergessen, daß die neue Vereinigte Sozialdemokratische Partei auch auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebaut ist. Die Anziehungskraft der „Sammlung“ aller Arbeiterorganisationen in einer Partei war und ist außerordentlich groß. Das war ja die Ursache, daß die liquidatorische Gefahr ihr Haupt in der Kommunistischen Partei erhob. Deshalb konnten ja die Kommunisten nicht die Parole des Boykottes des Sammlungskongresses ausgeben. Die „freien“ Delegierten wurden nicht auf der Plattform des Boykottes, sondern der Beteiligung an der Sammlung gewählt. Die links gerichteten Gewerkschaften wurden für das solidarische Vorgehen mit den Kommunisten eben auf der Grundlage der aktiven politischen Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse gewonnen. Nach einer Kampagne für die Beteiligung an der politischen Sammlung konnten die Kommunisten den Delegierten der linken Gewerkschaften nicht einfach sagen: „Gehen Sie jetzt nach Hause, man hat uns zum Sammlungskongreß nicht zugelassen; wir können jetzt nichts tun“.

Man könnte einwerfen: Man hätte ja die linken Gewerkschaften auch durch die Formierung einfacher Einheitskomitees binden können. Dieser Einwand ist unrichtig und rechnet nicht mit der tatsächlichen Lage und der festgewurzelten Tradition der norwegischen Arbeiterbewegung. Die Frage war ja eben die politische Sammlung der Gewerkschaften in der Form einer politischen Partei im Sinne der Tradition der norwegischen Arbeiterbewegung.

Wenn die Kommunistische Partei die linken Gewerkschaften nicht durch die neue „Sammlungspartei“ gebunden hätte, dann hätte sie mit der Perspektive rechnen müssen, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei diese Gewerkschaften einzeln langsam von uns abbröckelt und an sich gezogen hätte. Der mächtigen Idee der Sammlung — und das war ja das ganze politische Kapital der Vereinigten Sozialdemokraten — hätten die Kommunisten nur die sterile Parole der politischen Neutralität in den Gewerkschaften entgegensetzen können, und das hätte unbedingt zur Niederlage führen müssen.

Die linken Gewerkschaften und die Mehrheit der bisher „neutral“ gewesenen Gewerkschaften haben sich in dieser Kampagne mit der Kommunistischen Partei solidarisiert und für die politische Aktivität ausgesprochen. Wenn durch die Gründung der neuen Partei keine ständige politische Form dieses mächtigen Dranges für politische Aktivität gegeben worden wäre, hätte nicht nur ein ständiger Abbröckelungsprozeß eingesetzt, sondern ein gesteigerter Abbröckelungsprozeß bei jedem Aufschwung der politischen Lage. Die Steigerung der politischen Aktivität der Arbeiterklasse führt ja die Gewerkschaften nicht zur politischen Neutralität, sondern zur Teilnahme an der Politik. Die politische Aufschwungsperiode wäre also nicht den Kommunisten, sondern den Tranmaeliten zugute gekommen.

Die Gründung der „Links“-Labour-Party schuf für die gesamte Arbeit der Kommunisten eine günstige Lage. Die Tranmael-Partei war ja von jeher auf der kollektiven Mitgliedschaft der Gewerkschaften aufgebaut; die

Kommunistische Partei aber auf Einzelmitgliedschaft. Wenn die Kommunistische Partei die Gewerkschaften von der organisatorischen Verbindung mit der Tranmael-Partei wegreißen wollte, hätte sie einzig die Parole der Neutralität als Gegenparole. Jetzt aber entsteht die Möglichkeit, in jeder Gewerkschaft die Frage zu stellen: „Wohin will man: Zur II. Internationale und Amsterdam, zur Koalition mit dem Bürgertum oder zum unversöhnlichen Klassenkampf, zur Bekämpfung des Reformismus, zum Bündnis mit den russischen Gewerkschaften? Jede Gewerkschaft können wir jetzt vor die Wahl stellen: Anschluß an die „sozialdemokratische Sammlungspartei“ oder an die „Sammlungspartei des Klassenkampfes“?

Die Gründung der „Links“-Labour-Party in Norwegen war notwendig und richtig.

Die richtige Anwendung der Taktik der aktiven Beteiligung an der Sammlungskampagne auf der Grundlage einer besonderen politischen Plattform hatte wichtige und günstige Ergebnisse für die Kommunistische Partei Norwegens zur Folge.

Nur durch die Anwendung dieser Taktik war die Partei imstande, die Liquidatoren zu liquidieren, die Vereinigung mit der Mot Dag-Gruppe durchzuführen, die ultralinke Gefahr in Oslo zu bekämpfen und die Partei zur aktiven Arbeit zusammenzureißen.

Trotz des mächtigen Dranges nach politischer Vereinigung ist es den Tranmaeliten und Sozialdemokraten weder gelungen, die Kommunistische Partei zu liquidieren, noch ihren Masseneinfluß aufzusaugen; im Gegenteil: der Masseneinfluß der Kommunisten ist gewachsen, konsolidiert und organisatorisch zusammengefaßt.

Das Aufhören des selbständigen Bestehens der Tranmael-Partei hat das größte Hindernis aus dem Wege des Wachstums der Kommunistischen Partei geräumt. Die tranmaelitische Partei als echte demagogische, zentristische Partei trat für die Diktatur des Proletariats, für die Sowjets, für den bewaffneten Aufstand ein und bekämpfte — wenigstens mit Worten — die II. Internationale und Amsterdam. Alle diese alten Programmpunkte hat jetzt Tranmael fallen lassen und befindet sich auf dem Wege zur II. Internationale und nach Amsterdam.

Die Parole der Einheit ist jetzt in den Händen der Kommunistischen Partei. Zum ersten Male in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Norwegen sind unsere Genossen in der Lage, mit Erfolg das Odium der Spaltung vollständig auf die Schultern der Gegner abwälzen zu können.

Die Deflationskrise, die wachsende Massenarbeitslosigkeit, die brutale Offensive des Kapitals und die gleichzeitige vollständige Legalität der Kommunistischen Partei schaffen für den Fortschritt unserer Bewegung eine günstige Lage.

Die Gründung der „Links“-Labour-Party bringt natürlich in mancher Hinsicht eine komplizierte Situation für die Kommunistische Partei. Nur das sorgfältige Studium und die Erfahrung wird die norwegischen Genossen lehren, wie sie das Verhältnis der Kommunistischen Partei zu der „Links“-Labour-Party in allen Beziehungen ausarbeiten sollen. Trotz der verleumderischen Behauptungen der deutschen Ultralinken ist ja auch heute schon eines vollständig klar: Die Kommunistische Partei bewahrt ihre volle organisatorische und ideologische Identität und wird unter keinen Um-

ständen in der neuen Partei aufgehen. Die neue Partei muß in erster Reihe die Partei der Gewerkschaften werden, aber ihre Führung durch die Kommunisten muß gesichert bleiben. Die „Links“-Labour-Party wird keine Konkurrenzpartei der Kommunistischen Partei werden, da sie auf Kollektivmitgliedschaft und die Kommunistische Partei auf Einzelmitgliedschaft aufgebaut ist. Unsere Parole lautet: „Jeder Arbeiter soll sich der Kommunistischen Partei anschließen und jeder Arbeiter soll seine Gewerkschaft veranlassen, sich der ‚Sammlungspartei der Arbeiterklasse‘ anzuschließen.“ Das Programm der Sammlungspartei ist kein kommunistisches Programm, aber es liegt auf unserer Linie und kann gleichzeitig als Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei dienen. Die neuen Partei besitzt keine eigene Presse, sondern nur ein Mitteilungsblatt, aber die Kommunistische Partei stellt in ihren Presseorganen der Sammlungspartei wöchentlich eine Seite zur Verfügung, die unter der selbständigen Redaktion der Komitees der Sammlungspartei steht. Die Kommunisten, die bei den Parlamentswahlen auf der Liste der neuen Sammlungspartei kandidieren werden, müssen selbstverständlich in ihrer Propaganda das gesamte kommunistische Programm entfalten und dürfen sich nicht auf das Aktionsprogramm beschränken.

Die Gründung der „Links“-Labour-Party in Norwegen hat auch manche internationalen Seiten und Lehren. Norwegen ist ja nicht das erste Land, wo die Kommunistische Partei mit einer anderen politischen Partei in organisatorischem Verhältnis steht. Bis zu ihrem Ausschluß gehörte ja die Kommunistische Partei Großbritanniens zur Labour-Party. Die britische Lage aber war in mancher Hinsicht unähnlich der norwegischen. Die Britische Labour-Party bestand schon vor der Gründung der Kommunistischen Partei. In England wurde durch die Teilnahme der Kommunisten keine Minderheits- oder „Links“-Labour-Party gebildet.

Die finnischen und amerikanischen Erfahrungen müssen mit der norwegischen Erfahrung verglichen werden; aber man muß auch die großen Verschiedenheiten in Betracht ziehen. In Amerika und Finnland waren die illegalen kommunistischen Parteien mit einer anderen legalen Arbeiterpartei verbunden. Die legale Partei aber war nur eine Mantelpartei der illegalen; sie war nicht auf kollektiver Mitgliedschaft der Gewerkschaften aufgebaut und war auch nicht eine Einheitsfrontorganisation, die die Kommunistische Partei mit den Gewerkschaften verband. Sie war ein Instrument, welches die legale Betätigung der Kommunisten ermöglichte.

Die norwegische „Links“-Labour-Party ist in mancher Hinsicht analog zur Formulierung einer Links-Labour-Party (Federated Farmer Labour Party) in Amerika 1923, wo diese Partei auch die organisatorisch-politische Verbindung der Kommunisten mit einem Teile der Gewerkschaften darstellte. Die damalige amerikanische Lage unterschied sich aber von der gegenwärtigen norwegischen Lage hauptsächlich dadurch, daß in Amerika keine Mehrheits-Labour-Party bestand, sondern nur drei miteinander konkurrierende Minderheits-Labour-Parteien, die die Einheitsfrontverbindung der drei einander bekämpfenden politischen Gruppen (Sozialdemokratische Partei, Fitzpatrick-Gruppe und Kommunistische Partei) mit je einem Bruchteil der Gewerkschaften bildeten.

Der starke Drang nach politischer Einheit, der sich in der letzten Zeit auch in Frankreich bemerkbar machte, sollte uns auch zum vergleichenden Studium der französischen und norwegischen diesbezüglichen Erfahrungen veranlassen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Drang nach politischer Einheit in Frankreich die Form einer Links-Labour-Party annehmen könnte. Die Grundlage einer Labour-Party müssen die Gewerkschaftsorganisationen bilden und in einem Lande wie Frankreich, wo die Gewerkschaften noch bei weitem nicht wirkliche Massenorganisationen des Proletariats darstellen, wäre es illusorisch, über die Gründung einer Labour-Party zu sprechen. Die französische Entwicklung zeigte auch noch niemals irgendwelche Ansätze — und in dieser Hinsicht steht sie im schroffen Gegensatz zur norwegischen Tradition — zu einer Tendenz nach unmittelbarer politischer Betätigung der Gewerkschaften. Umgekehrt, die traditionellen stark syndikalistischen Neigungen der französischen Gewerkschaftsbewegung würden sicherlich jedem Versuch, die Gewerkschaften einer politischen Partei anzugliedern, großen Widerstand entgegenzusetzen.

Es wird jetzt notwendig sein, die norwegischen praktischen Erfahrungen mit der „Links“-Labour-Party sorgfältig zu sammeln, zu beobachten und zu verallgemeinern. Es wäre ein Fehler, den norwegischen Versuch schematisch überall anwenden zu wollen, aber es wird notwendig sein, auf der Grundlage des norwegischen Versuches auch in anderen Ländern die geeigneten eigenartigen organisatorisch-politischen Formen der Einheitsfront herauszufinden.

BENNET:

DIE KÄMPFER FÜR DIE DEMOKRATIE ODER DER EMPFINDSAME MISTER BROCKWAY

In der tollen Kampagne, die zur Zeit von verschiedenen Zentren aus und mit verschiedenen Mitteln gegen die Sowjetrepubliken betrieben wird, verdient ein kleiner historischer Zug erhöhte Aufmerksamkeit. Die Drohnote Chamberlains wurde dem Sowjetvertreter am 23. Februar übergeben und ungefähr zehn Tage vorher beeilten sich die Friedensstifter und Demokraten aus der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“, der Welt kundzutun, daß sie im Interesse des Kampfes für die Demokratie gezwungen seien, sich mit allen Kräften der einzigen Republik der Arbeiter entgegenzustellen. Es ergab sich eine natürliche, rührende „Einheitsfront“. Chamberlain, der den Dirigentenstab im Kampfe gegen die USSR noch immer in Händen hat, mobilisiert alle reaktionären Kräfte Europas und Amerikas, um die Sowjetunion zu isolieren und den bewaffneten Angriff auf dieselbe vorzubereiten. Herr Urquhart mobilisiert alle Besitzer der durch den Oktoberumsturz nationalisierten Unternehmen, um eine einheitliche Internationale der Besitzer zu schaffen, die den Kampf gegen den Sozialismus aufnehmen würde. In dieser warmen Kumpanei sind natürlich auch die Helden der II. Internationale zu finden, die zum Unterschiede von allen übrigen Teilnehmern an dem Feldzug

gegen die Sowjets fortfahren, sich in die Toga des Sozialismus und der Demokratie zu hüllen.

An diesem neuen Angriff der II. Internationale interessiert uns die demokratische Maske, deren sie sich in ihren Resolutionen bedient, selbstverständlich nur wenig. Diese Maskierung ist letzten Endes keine eigene Erfindung dieser Internationale. Vor relativ kurzer Zeit begann Baldwin die Organisation seines Feldzuges gegen die Bergarbeiter mit einem Gebet „um Frieden für unsere Tage“. Sein Kampfgenosse Chamberlain verfaßte in der Folge eine glänzende Note voll frommer Segenswünsche — als Einleitung zu der nunmehr erfolgten Entsendung des berühmten Schanghaier Landungskorps. Es ist ja selbstverständlich, daß die Lakaien der Herren Militaristen diesen ihren Herren auch in bezug auf taktische Kunstgriffe treu bleiben. Wir werden uns hier auch nicht über das „zufällige zeitliche Zusammentreffen“ der Resolution der Exekutive der II. Internationale und der Note Mister Chamberlains verbreiten. An derlei „Zufälligkeiten“ haben wir uns längst gewöhnt. Es ist die Regel, daß die II. Internationale den Kundschafterdienst des kriegerischen Imperialismus besorgt, um so den Boden für die Kampfhandlungen ihrer Gebieter vorzubereiten. Die Diener des Kapitals tragen aber in der Regel nur geringe Schuld an der Wahl des Zeitpunktes wie auch an der Wahl des Kampfzieles. In all diesen Fragen folgen sie gehorsam dem Dirigentenstabe der Starken dieser Welt. Sie sabotieren den Kampf der Bergarbeiter zu einem Zeitpunkt, wo das Kapital der Avantgarde der Arbeiterklasse in England unbedingt eine Niederlage bereiten muß. So gehorsam sind sie, und mit der gleichen Wollust schließen sie sich ihren Herren an, wenn diese sich auf die Revolution in China und auf die Sowjetunion stürzen.

Trotz allem beansprucht die Tagung der II. Internationale, die am 12. und 13. Februar d. J. stattfand, gesteigerte Aufmerksamkeit. An sowjetfeindliche Resolutionen, wie sie auf dieser Tagung gefaßt wurden, sind wir, wie gesagt, schon längst gewöhnt. Das Neue bestand darin, daß der Urheber eines jener Anträge, dem sich Abramowitsch und Zeretelli eiligst anschlossen, Mister Brockway war. Wir erinnern unsere Leser daran, daß es sich um denselben Brockway handelt, der vor ungefähr einem Jahre unter dem Eindruck des Kommunistenprozesses in England die edle Aufgabe einer Vermittlung zwischen der II. und III. Internationale auf sich genommen hatte. Es ist deshalb etwas sonderbar, daß er diesmal dem Einfluß seitens der eingefleischtesten Feinde der proletarischen Bewegung überhaupt und der Sowjetunion im besonderen nachgegeben hat.

Die von Mister Brockway vorgelegte Resolution lautet:

„Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ernennt eine Kommission, deren Zweck es ist, die Lage der politischen Gefangenen in den verschiedenen Ländern zu untersuchen. Diese Kommission muß von den sozialistischen Parteien der der SAI angeschlossenen Länder eingehende Berichte einfordern. Was Sowjetrußland und Georgien betrifft, so muß die Kommission außerdem alle Maßnahmen zu treffen suchen, um unmittelbare Informationen an Ort und Stelle zu erhalten.“

Hier ist jedes Wort eine Perle. Die politischen Gefangenen aller Länder werden da in einen Topf geworfen. Mister Brockway ist es offenbar ganz gleich, ob Arbeiter und Bauern ins Gefängnis wandern, weil sie sich gegen das Joch des Kapitalismus und Imperialismus auflehnten, oder ob es sich um die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse handelt, die die erste Arbeiter-

republik mit allen Mitteln unterhöheln. Für den empfindsamen Mister Brockway besteht hier keinerlei Unterschied. Er ist von Mitleid für die leidenden Menschen erfüllt und ist der Meinung, daß jene, die den Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verschuldet haben, jene, die die ungeheure Verantwortung für die Intervention in Rußland tragen, jene endlich, die sich in allen niedrigen Machinationen des Imperialismus offen als dessen Agenten betätigen, die geeignetsten „Untersucher“ und die verlässlichsten Retter der leidenden Brüder seien. Bezüglich der Sowjetunion macht er jedoch den Vorbehalt der Notwendigkeit spezieller Maßnahmen. Für die Untersuchung der Lage in Ungarn und Italien bedarf es keiner unmittelbaren Information an Ort und Stelle. Eine solche Information ist lediglich in bezug auf den Sowjetstaat und Georgien erforderlich; hierbei ist zu beachten, daß Mister Brockway selbst hier der Terminologie seines Freundes Zeretelli treu bleibt, der bis auf den heutigen Tag davon träumt, daß zugleich mit der Rückgabe des Nationaleigentums an die Herren Urquhart auch ihm das verlorene Ministerportefeuille zurückerstattet werden würde.

Mister Brockway hat sich aber keineswegs auf die Einbringung dieser Resolution beschränkt. Er öffnet die Spalten des von ihm redigierten Organs „New Leader“ in gastfreundschaftlicher Weise jeglichen verleumderischen Ausfällen eines Dan, Zeretelli, Abramowitsch und begleitet deren Deklaration mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Entsendung einer Kommission der II. Internationale zur Untersuchung der „Sowjet-Greuel“ an Ort und Stelle.

Dieses Auftreten Brockways zeugt von einem bestimmten Umschwung in einem Teile der sogenannten linken Sozialisten der englischen Arbeiterbewegung. Lange Zeit hindurch hielten sich diese linken Führer nicht nur abseits von der sowjetfeindlichen Kampagne, sondern verhielten sich derselben gegenüber in gesteigertem Maße feindselig. Als die Menschewiki Ende 1925 den Versuch machten, die englische Arbeiterbewegung in eine sowjetfeindliche Kampagne hineinzuziehen, da wandten sich die linken Führer der Labour Party wie der Gewerkschaftsbewegung in scharfer Weise gegen sie. Jeber die Richter, die nunmehr von Brockway zwecks Untersuchung der Lage in der USSR ausgewählt wurden, schrieb Purcell:

„Die II. Internationale stellt in einigen ihrer Teile nur ein Anhängsel („Appendix“) der diversen kapitalistischen Regierungen des Kontinents dar.“

Noch schärfer faßt diese Frage Landsburys „Workers Daily“. In der Nummer vom 29. August 1925 dieses Blattes lesen wir:

„Wer stellt die Fonds für die sowjetfeindliche Kampagne innerhalb der Sozialistischen Arbeiter-Internationale? Sie (die Parteien der II. Internationale) haben keine Zeit für das Studium der Lage der Arbeiter im modernen, vom Finanzkapital und dem konzentrierten Industriekapital regierten Staate. Dies stellt sie in eine Reihe mit den Liberalen unseres Landes.“

In dem gleichen Tone und Geiste schrieb auch der „New Leader“, das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, das gegenwärtig von Mister Brockway redigiert wird. Der damalige Redakteur Brailsford lenkte die Aufmerksamkeit der englischen Arbeiterklasse auf die Tatsache, daß die Polemik der II. Internationale

„nicht gegen den französischen Militarismus, nicht gegen den britischen Imperialismus, nicht gegen das Wiederaufleben des Monarchismus in Deutschland gerichtet sei, sondern gegen den russischen Kommunismus.“

Dies war aber im August-September 1925. Mittlerweile ist viel Wasser ins Meer geflossen. Der innere Kampf in der Arbeiterbewegung Englands hat sich außerordentlich verschärft. Jene, die während des heroischen Kampfes der Bergarbeiter Baldwin unterstützten, unterstützen selbstverständlich nunmehr Chamberlain in seinem Kampfe gegen die Sowjetunion.

Wir wollen damit jedoch nicht sagen, daß Brockway sich endgültig als zum Lager der Albert Thomas und Zeretelli gehörig rechnet. Nein, er fährt noch fort, linke Phrasen vorzubringen und tritt von Zeit zu Zeit für linke Anträge ein. Auf der gleichen Tagung der Exekutive der II. Internationale hatte derselbe Brockway einen Antrag eingebracht über den Kampf gegen die Intervention in China mittels eines Embargo gegenüber jedem Truppentransport sowie mittels eines Streiks in den Munitionsfabriken. Dem mitleidsvollen Herrn Brockway war es bloß entgangen, daß seine gegen die USSR gerichtete Resolution mit Begeisterung aufgenommen wurde, während die Resolution bezüglich der Unterstützung des revolutionären Chinas die Wanderung durch die Länder antreten mußte, um nicht eher heimzukehren, als bis es den wirklichen Herren der II. Internationale gelungen sein wird, die chinesische revolutionäre Bewegung niederzuschlagen.

Brockway steht in seiner Rolle eines Kampfgenossen Zeretellis nicht allein da. Im „Daily Herald“ vom 10. März d. J. ist ein Aufsatz aus der Feder des Herrn Brailsford, des ehemaligen Redakteurs des „New Leader“, veröffentlicht. Brailsford dürfte wohl niemand besonderer Leidenschaft für den Kommunismus verdächtigen. Dieser schildert nun voller Begeisterung eine der gewöhnlichen Versammlungen vor den Wahlen in Moskau, der er persönlich beigewohnt hat, und wo er augenfällig den Sinn der proletarischen Demokratie zum Unterschiede von jener trügerischen und illusorischen bürgerlichen Demokratie habe wahrnehmen können. Der Redakteur des „Daily Herald“ konnte sich natürlich der Veröffentlichung einer Korrespondenz eines so hervorragenden Publizisten und Politikers der englischen Arbeiterbewegung nicht entziehen. Um aber den Eindruck dieses Artikels abzuschwächen, brachte er in der gleichen Nummer eine umfangreiche Erklärung der russischen und georgischen Menschewiki über Greuel in den Sowjet-Gefängnissen.

Wir haben selbstverständlich nicht die Absicht, hier etwa mit den Herren Zeretelli und Abramowitsch zu polemisieren. Die Sowjet-Gefängnisse sind mehr als ein mal von Arbeiterdelegationen besucht worden, darunter auch von Delegationen der englischen Arbeiterbewegung, die sich an Ort und Stelle davon überzeugen konnten, wieviel Wahrheit in all den Deklarationen, Mitteilungen und Proklamationen dieser eingefleischten Agenten des Imperialismus steckt. Die Arbeiterdelegationen sind auf Grund sorgfältiger Untersuchungen zu dem Schlusse gelangt, daß man in der Sowjetrepublik die Leute nicht wegen ihrer Meinung, ihrer Ueberzeugung straft, sondern wegen der Verbrechen, die unmittelbar darauf hinzielen, den Räubern der ganzen Welt zu Gefallen den Sproß des großen Oktober zu vernichten. Diese Verbrecher leben unter Bedingungen, von denen die Gefangenen des Kapitals selbst im „demokratischen“ England nicht zu träumen wagen, von solchen Ländern wie Italien, Ungarn und Bulgarien schon ganz zu schweigen. Wir könnten den ganzen Streit liquidieren durch die einfache Frage an Mister Brockway, warum er es vorziehe, sich mit größerem Vertrauen gegenüber

der II. Internationale zu verhalten, zu deren Bestand Organisationen gehören, die die Diktatur des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse unmittelbar verwirklicht haben und noch verwirklichen, während er sich weigert, seinen eigenen Kollegen aus der englischen Arbeiterbewegung, wie beispielsweise jener Gruppe der Gewerkschaftsdelegation, der auch Purcell, Bromley, Smith u. a. angehörten, Glauben zu schenken.

Wir könnten Mister Brockway auch noch andere Fragen stellen. Vor gar nicht langer Zeit lehnten Brockway und seine Gesinnungsgenossen einen gemeinschaftlichen Kampf mit den Kommunisten gegen die Intervention in China ab, indem sie sich auf den Unterschied in den Kampfmethoden beriefen. Der Sinn all dieser Erklärungen läuft darauf hinaus, daß die Sozialisten aus dem einfachen Grunde mit den Kommunisten nicht Hand in Hand gehen können, weil die Sozialisten an demokratische Methoden einer Verwirklichung des Sozialismus glauben, während die Kommunisten von der Unvermeidlichkeit des Bürgerkrieges ausgehen. Hier taucht nun unwillkürlich die Frage auf: wie kann Brockway mit Abramowitsch und Zeretelli in einer Internationale sitzen, zusammen mit ihnen Resolutionen fassen, wenn es ihm, Mister Brockway, sehr wohl bekannt ist, daß seine Nachbarn, die seine Resolution unterstützten, den Bürgerkrieg nicht nur nicht abgelehnt, sondern ihn sogar aktiv organisiert haben. Hier müßte die Schlußfolgerung gezogen werden, daß man wohl mit jenen zusammen sitzen und arbeiten könne, die einen bewaffneten Aufstand gegen ein proletarisches Land organisieren, daß man aber keineswegs — selbst nicht in der Stunde der Gefahr — mit denen zusammen wirken könne, die sich zu der Unvermeidlichkeit des Bürgerkrieges gegen die Diktatur des Kapitals bekennen.

Es dürfte Mister Brockway natürlich schwer fallen, auf diese Fragen eine Antwort zu geben. Uns liegt aber auch nichts an diesen Antworten. Das Wesentliche sind nicht die einen oder anderen Argumente, die Mister Brockway zur Rechtfertigung seiner persönlichen Beteiligung an der sowjetfeindlichen Koalition hinterher anführen könnte. Wichtiger ist es, festzustellen, wie und aus welchen Gründen Brockway in jene warme Kumpanei geraten ist und welche praktischen Schlußfolgerungen sich aus dieser Lage ergeben.

Hierzu finden wir interessante Auslassungen im „Forward“, dem Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Schottlands, vom 5. März, die aus der Feder des Herrn Wheatley, eines ehemaligen Mitgliedes der Regierung Macdonald, stammen. Wheatley ist überaus melancholisch gestimmt. Er erinnert sich jener Zeit, wo die von den englischen Arbeitern eingenommene entschlossene Haltung England in der Vergangenheit vor einem Kriege mit Rußland bewahrt habe. Mit Grausen blickt er in die Zukunft und vergewärtigt sich jene furchtbare Tragödie, wenn die Schwäche der Arbeiterklasse es den Imperialisten erlauben werde, den englischen Arbeitern einen Krieg gegen die USSR aufzuzwingen. Er unterstreicht jene Tatsache, daß es in der letzten Zeit mit Ausnahme Cooks, Lansburys und Maxtons keine bekannten Arbeiterführer gebe, die ein gutes Wort für Rußland fänden, und daß diese Führer vollkommen die Tatsache vergäßen, daß Rußland das Land sei, in dem trotz aller Schwierigkeiten der sozialistische Staat aufgebaut werde.

Die von Wheatley ausgesprochenen Gedanken treffen auch gegenüber

einem sehr großen Teile jener reformistischen Führer zu, die sich vor dem Generalstreik so gern und zuweilen auch mit großer Kühnheit in revolutionären Phrasen gefielen. Gegenwärtig kann man in England die Konzentration der Bürokratie unter Führung der verbissensten Reaktionen aus der Schule Thomas beobachten. Diese in der Konsolidierung begriffene Bürokratie wendet sich um ideelle Führung an die II. Internationale, die die Erfahrungen eines aktiven Kampfes gegen die proletarische Bewegung im Weltmaßstabe in sich verkörpert. Aus diesem Grunde eben wagen es die englischen Arbeiterführer, darunter auch die sogenannten linken, nicht mehr, von diesem „Appendix“ der kapitalistischen Regierungen mit solcher Ironie zu sprechen, und versuchen es sogar, die II. Internationale als eine für die Demokratie kämpfende Organisation hinzustellen. Die Konsolidierung der reaktionären Bürokratie bedeutet eine Stärkung der II. Internationale innerhalb der englischen Arbeiterbewegung. Diese Stärkung führt dahin, daß sich die gesamte Bürokratie mit größerer oder geringerer Aktivität der sowjetfeindlichen Koalition anschließt.

Diese Bürokratie spiegelt jedoch die Stimmung der proletarischen Massen nicht nur nicht wider, sondern bildet im Gegenteil eine Reaktion gegen die offenkundige Stärkung der linken Elemente sowohl innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wie innerhalb der Labour Party. Der gesamte Apparat, der der Labour Party wie der Gewerkschaftsbürokratie zur Verfügung steht, erweist sich als unzureichend, um den revolutionären Bestrebungen der englischen Arbeiter Zügel anzulegen. Die englische Labour Party hat schon längst offen den Weg der Parteispaltung betreten, indem sie große Arbeiterorganisationen deshalb ausschließt, weil sie sich weigern, der liberalen Führung des Herrn Macdonald zu folgen. Jetzt beginnt man auch schon in den englischen Gewerkschaften — in einer Gewerkschaft hat man sogar schon mit der Verwirklichung dieses Planes begonnen — von einem Ausschluß der Kommunisten und revolutionär gesinnten Arbeiter aus den Gewerkschaften zu sprechen.

Diese Kampfmethoden zeugen nicht von der Stärke der Führer, sondern von deren Ohnmacht. Es unterliegt aber auch keinem Zweifel, daß wir nicht immer genügende Aktivität im Kampfe gegen jene „Kämpfer für die Demokratie“ zeigen, die die ganze Schärfe ihres Kampfes gegen den einzigen Staat richten, in dem die Arbeiterklasse den Sieg davongetragen hat. Die Kämpfer für die Demokratie sind sich dessen vollkommen bewußt, daß dieses einzige Land schon durch die Tatsache seines Bestehens, besonders aber durch die Tatsache seines erfolgreichen sozialistischen Aufbaues über eine größere Macht und über einen größeren Einfluß verfügt als jener ganze Apparat, mit dessen Hilfe die Internationale aus allen Kräften die Sowjetrepublik zu verleumden sucht. Wir können uns dieser Kampagne gegenüber natürlich nicht gleichmütig verhalten; wir müssen die Lüge und die Verleumdung entlarven, die die Herren Abramowitsch mit Hilfe der II. Internationale in Gemeinschaft mit Chamberlain und Mussolini zu verbreiten suchen.

Der Lüge dieser Herren muß die reale Wahrheit über die Lage in der USSR entgegengestellt werden. Wenn Brailsford, der Freund und Anhänger Brockways, den Atem der wahrhaften proletarischen Schöpferkraft in der Republik der Arbeit zu spüren vermochte, so wird ohne allen Zweifel diese

Wahrheit noch besser von den Opfern des faschistischen Terrors in Italien, von den englischen Bergarbeitern, die jetzt den Sieg Baldwins teuer bezahlen müssen, von den französischen Proletariern, die im Namen der Stabilisierung massenweise aufs Pflaster geworfen werden, wie von den versklavten Arbeitermassen der ganzen Welt verstanden und empfunden werden.

In einer Beziehung würde es sich für uns lohnen, von den Führern der II. Internationale zu lernen. Sie kennen die Stellung, die die Sowjetunion im Klassenkampfe der Welt einnimmt und richten mit erstaunlicher Hartnäckigkeit und Ausdauer ihren Kampf gegen sie. Mit der gleichen Ausdauer und Hartnäckigkeit müssen aber auch wir unsere Kampagne für die erste Union der sozialistischen Republiken führen.

M. ALSKIJ :

DIE GELDZIRKULATION ALS MITTEL ZUR ZERGLIEDERUNG UND AUSBEUTUNG CHINAS

Mit jeder Vorstellung über die Geldzirkulation in der Epoche des Finanzkapitals ist in der Regel der Begriff eines einheitlichen zentralisierten Geldsystems verbunden, das allerorts und einheitlich im Lande gilt, von einem bestimmten Zentrum aus reguliert wird und die gesamte Volkswirtschaft des Landes sowie ihren Umsatz zu einem geschlossenen, einheitlichen Ganzen zusammenfaßt. Alle diese Dinge bestehen in China nicht einmal dem Namen nach. In diesem Lande existieren bis jetzt nebeneinander noch viele Geldsysteme, wobei das charakterischste in dieser Beziehung der Umstand ist, daß jedes dieser Geldsysteme jeweils für ein außerordentlich beschränktes Gebiet volkswirtschaftlicher Beziehungen in Frage kommt und sich entweder auf einen kleinen Bezirk oder sogar auf einen kleinen Kreis wirtschaftlicher Operationen erstreckt, über die hinaus jedes einzelne dieser Systeme aufhört zu existieren, um dem andern Platz zu machen.

Im Zirkulationsprozeß der chinesischen Volkswirtschaft haben sich, so sonderbar das auch klingen mag, bis heute Geldarten und Formen erhalten, die den verschiedensten Entwicklungsstadien der Warenwirtschaft eigen sind, wobei alle diese Geldarten sich in Erstaunen erregender Weise im Prozesse der Zirkulation miteinander vertragen. Kann es also unter solchen Verhältnissen überraschen, wenn das moderne Geldsystem der chinesischen Republik nicht nur eine äußerst eigenartige, sondern auch eine äußerst unförmige Anhäufung der verschiedensten Arten von Zahlungsmitteln aus den verschiedensten Zeiten und den verschiedensten Wirtschaftsepochen darstellt, ja, wenn sogar in ein und derselben Ortschaft — in einer Provinz, einer Stadt und sogar in einem Dorfe — häufig nebeneinander noch die allerverschiedensten Systeme der Geldwirtschaft existieren. All das zersplittert natürlich die gesamte volkswirtschaftliche Zirkulation des Landes, reißt das Land selbst in alle möglichen Einflußsphären auseinander und erleichtert es den weltimperialistischen „Kulturträgern“ und „Pionieren des Fortschrittes“ sowie den einheimischen Militaristen und Börsenhyänen, sich dieses oder jenes Gebiet der Republik der „Söhne des Himmels“ zu unterwerfen. Wie dem aber auch sei, die chinesische Republik ist vorerst noch

ohnmächtig, gegen dieses furchtbare volkswirtschaftliche Uebel des ganzen Landes anzukämpfen.

Die gesamte Menge des gegenwärtig in China im Umlauf befindlichen Geldes besteht aus abstrakten Rechnungs- und Zahlungswertmessern — Tael, aus Silberbarren, „Saissi“ oder „Si-Sy“ — die nach Gewicht entgegengenommen und aus vollwertigem und nichtvollwertigem Silber sowie aus Kupfermünzen bestehen, deren Valutagehalt in jedem einzelnen Moment auf Grund der Menge des in ihnen enthaltenen Edelmetalls bzw. Kupfers festgestellt wird; eine andere Geldsorte besteht aus einer überaus unbedeutenden Menge von Feingold, Goldmünzen und ausländischer Valuta, ferner aus verschiedenen Arten von Papiergeld, das in jeder einzelnen Stadt und jedem Bezirk von den zahlreichen ausländischen und einheimischen Banken in China herausgegeben wird, ohne daß dabei auch nur die geringste Uebereinstimmung mit den Gesetzen der Zirkulation von Geldmitteln oder irgendeine Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung erfolgt; vielmehr läßt man sich dabei ausschließlich von den Interessen der persönlichen Gewinnsucht leiten, und schließlich kommen als Geld Zahlungsschecks in Frage, die gegenseitig zwischen den einzelnen Banken, den Privatleuten und den größeren Institutionen und Unternehmungen im Lande in Umlauf gesetzt werden.

Das am weitesten verbreitete und populärste Zirkulationsmittel in China ist jedoch die Kupfermünze. Die chinesischen breiten Volksmassen bedienen sich in der Regel bei allen ihren Wirtschaftsoperationen fast ausschließlich der Kupfermünze. Die Tunser*, d. h. die Kupfermünzen, die eine Größe wie etwa die russischen Dreikopekenstücke und einen Wert von nicht ganz zwei Cent** besitzen, die „Coppers“*** und „Cash“† gelten hier nicht nur als Verrechnungs- und kleine Zahlungsmittel, sondern auch als übliches Wertmaß des Warenpreises. Darüber braucht man sich in China durchaus nicht wundern, denn das Budget der überwiegenden Mehrheit der Bauernfamilien sowie der Familien der städtischen Armut machen, wenn man nach den Angaben der verschiedentlich angestellten Untersuchungen urteilt, den Betrag von einem bis einige zehn mexikanische Dollar†† pro Jahr aus, während sich der Tagesverbrauch vieler von ihnen auf zehn bis zwanzig „Cash“, oder wenn wir es in russischem Gelde ausdrücken, auf einige Kopeken am Tage beläuft. Es ist denn auch kein Zufall, daß sogar die imperialistische Presse in China, die die Dinge nicht allzu tragisch nimmt, Fälle verzeichnen mußte, wo die armen Bauern in einigen Bezirken des Landes, infolge Mangels an Nahrung in regungslosem Zustande, etwa wie die Bären in den Wäldern†††, überwintern mußten . . . Jedoch läßt sich der Grad der Armut der breiten Massen der chinesischen Bevölkerung sowie die Dürftigkeit ihrer Ansprüche auch noch danach beurteilen, daß in der chinesischen Volkswirtschaft bis

* Bei dem jetzigen Kurs des Kupfers in Silber kostet ein Tunser in China etwa zwei Achtel Kopeken.

** Ein vollwertiger Cent entspricht ungefähr einer Kopeke.

*** Im Herbst 1923 hatte ein mexikanischer Dollar einen Wert von 185 Coppers, ein Copper etwa eine halbe Kopeke.

† Nominell ist ein Cash etwa ein Zehntel, faktisch aber ein Fünfundzwanzigstel Kopeke.

†† Der Wert eines mexikanischen oder chinesischen Dollars schwankt in der Regel zwischen einem Rubel und einem Rubel fünf Kopeken.

††† China weekly Revue, S. R. Wagel „Chinese Currency and Banking“, Schanghai 1915. Seite 305.

jetzt noch eine große Nachfrage und ein großes Angebot in bezug auf so unbedeutende Quantitäten von Waren herrscht, wie sie in unserer und in der europäischen Zirkulation längst nicht mehr bekannt sind oder überhaupt nicht mehr berücksichtigt werden. Dabei werden die Preise für all diese in Bruchteilen eines Pfundes ausgerechneten Warenmengen häufig in vielen dieser Landesgebiete nach tausend und sogar nach Zehntausenden „Cash“ berechnet, anstatt daß sie in Cents, ganz zu schweigen von Dollars, umgerechnet werden, die dort eine fast unerreichbare Wertgröße verkörpern. Ein so „großes“ Geld, wie ein Dollar, dringt häufig überhaupt nicht oder fast nicht in die tieferen Sphären der Wirtschaftszirkulation dieser Gebiete der chinesischen Republik ein und ist in der Hauptsache oder fast ausschließlich in den Städten, in den Hafenorten und deren unmittelbarer Umgebung, aber nur in der Nähe der Küste, im Umlauf. Uebrigens stellt auch der „Cash“ nicht selten in dieser tieferen Sphäre des Zirkulationswesens der chinesischen Volkswirtschaft eine ziemlich bedeutende Geld- und Wertgröße dar, da der Cash seinerseits wieder in zehn Bruchheiten bis zu einem Bruchteil einer Milliarde der in dem jeweiligen Bezirke im Umlauf befindlichen Silbergeldeinheit geteilt wird, wobei jeder dieser Bruchteile einer Milliarde sogar eine besondere Bezeichnung trägt. Mehrstellige Zahlen, bis zur Angabe von Sieben-Zehntel-Brüchen, die die einzelne Geldeinheit darstellen, sind bei allen möglichen Geschäftsumsätzen durchaus keine Seltenheit und kommen sogar in der Großzirkulation der Volkswirtschaft des Landes, unter anderem bei der Aufstellung des chinesischen Staatshaushaltes* vor.

Angesichts der erschreckenden Armut der breiten Massen des chinesischen Volkes ist diese Erscheinung nicht nur leicht erklärlich, sondern auch durchaus verständlich.

Die in China im Umlauf befindlichen Kupfermünzen haben in der Regel die Form von 20- und 10-Cash-Münzen, die nominell je zwei bis einem Copper gleichstehen. Die breiten Massen der chinesischen Bevölkerung sowie sämtliche Kleinkrämer, Straßenkrämer und fliegende Händler bedienen sich mit Vorliebe dieser Münze. An ihren Verkaufsständen kann man in besonderen flachen Schachteln und Schächtelchen stets nur diese Münze zu Gesicht bekommen, die häufig in der Art endlos aneinander gereihter, ziemlich hoher zylindrischer Säulen daliegen.

Als grundlegende Geldeinheit in der großen Zirkulation der Volkswirtschaft des Landes dient jedoch der Tael. Er stellt gleichzeitig eine Geldeinheit und ein Gewichtsmaß dar. Ein Tael besitzt den Wert einer chinesischen Unze Silber. Als Münze ist er selten im Umlauf. In dieser Form findet man ihn nur in der Provinz Sitschian, wo die Taels auch bis heute noch geprägt werden. In der Regel aber kommt der Tael weder als Münze, noch als Silberbarren vor. Er dient lediglich als Gewichtsmaß und als Wertausdruck der Silberbarren (Saissi oder Si-Sy), die deshalb so genannt werden, weil sie äußerlich eine Aehnlichkeit mit den Füßchen der Chinesin besitzen. Aber selbst in ihrer Naturalform sind Saissi nur als Verrechnungsmittel im Umlauf. Um als Zahlungsmittel zu gelten, müssen sie jedesmal einer Metallprobe in den speziell für diese Zwecke bestehenden Institutionen Kung-Ku-schu unterworfen werden, wo die Menge und die Qualität des Silbers gemessen und die Taels mit einem Eichstempel in chinesischer Tusche versehen werden. Die

* W. Spolding: „Eastern Currency and Finance“, London 1924, Seite 413, 414.

Silberprobe wird von speziellen Eichbeamten in diesen Institutionen, in der Regel „nach dem Augenmaß“ vorgenommen, was aber keinesfalls hindert, daß sie unbedingt mit äußerster Genauigkeit ausfällt.

Die auf den Silberbarren vorgenommene Eichung verzeichnet in der Regel jedoch einen Edelmetallgehalt, der den wirklichen Gehalt etwas übersteigt. Das erklärt sich einerseits dadurch, daß die Eichämter einen Teil zu ihren Gunsten für die Vornahme der Probe in Form einer geringen Quantität Silber, und zwar den Unterschied zwischen der Eichsumme und dem wirklichen Gehalt an Reinsilber des Barrens einbehalten, andererseits dadurch, daß in China seit undenklichen Zeiten die Gepflogenheit besteht, 98 Unzen Silber für 100 Taels gelten zu lassen.

Das Gewicht und die Silberprobe in Saissi, die von den Eichämtern vorgenommen und in Taels ausgedrückt werden, behalten ihre Gültigkeit jedoch nur in jenem Gebiet, wo die Silbereichung vorgenommen wurde. Die Provinz- und Ortsbehörden sogar dieser Rayons übernehmen jedoch niemals die Verantwortung für die Bestimmung des Metallgehaltes und Gewichtes der Saissi und überlassen es den Kaufleuten, den Bankleuten und Wechslern, alle diese Barren so einzuschätzen, wie sie es für gut befinden. Unter den Verhältnissen in China ist diese Gepflogenheit eigentlich zu einem allgemeinen Gesetz geworden, da sämtliche Eichämter in der Regel private Handelsunternehmungen darstellen, die entweder von den örtlichen Banken oder von den Handelskammern, bzw. beiden zusammen eingerichtet und größtenteils unterhalten werden. Außer den Eichämtern (Kung-Ku-schu) gibt es in China aber auch sogenannte Lao-Fang, die sich mit der Einschmelzung von Münzen in Barren befassen. Diese Operation, die überaus umfangreich praktiziert wird, ist seit undenklichen Zeiten einerseits darauf zurückzuführen, daß in China bis heute noch keine scharfe Scheidung zwischen Silbergeld in Münzen und Geld in Barrenform bzw. zwischen diesem letzteren und den Metallbarren besteht, die im Lande als gewöhnliche Ware in Umlauf sind, andererseits ist sie das Ergebnis großer Schwankungen des Silberwertes auf dem einheimischen sowie auf dem Weltmarkt dieses Metalls. Infolge dieser Umstände sowie infolge des Mangels an einer offiziellen Kontrolle über die Zirkulationsmittel sowie auch über die Gewichtsmaße, die Längen- und sonstigen Maße, hat der Tael gegenwärtig seine frühere Stabilität verloren. In den letzten Jahrzehnten ist der Tael bereits zu einer ständigen und scharfen Schwankungen unterworfenen Größe geworden, die abhängig ist von dem Bezirke oder dem Orte seines Umlaufes sowie dem Kreise jener Wirtschaftsoperationen, innerhalb deren er als Verrechnungsgeld oder als Ausdruck des Tauschwertes bestimmter Warenwerte gilt. Somit ist der Tael auch als Valuta und Rechenmittel gegenwärtig bereits zu einer abstrakten Größe im Zirkulationsprozeß der Volkswirtschaft geworden, der isoliert von seinem Geld- oder Gewichtsausdruck zirkuliert und einerseits zu einer abstrakten Recheneinheit geworden ist, andererseits aber individuelle Geltung besitzt, je nach der einzelnen Stadt, der Provinz oder dem Dorfe, ja häufig sogar je nach dem Kreise der volkswirtschaftlichen Operationen in jedem einzelnen dieser Bezirke.

Nach den Angaben gewisser Quellen zu schließen, gibt es in China gegenwärtig einige Hundert der verschiedensten Geldarten von Taels, die sich von-

einander sowohl durch ihr Gewicht als auch ihren Wert und ihre Silberprobe unterscheiden. Wenn man dem noch die ungeheure Verschiedenheit des Tauschwertes hinzufügt, den ein und derselbe Tael an den verschiedenen Orten des Landes besitzt, so versteht es sich von selbst, daß die Anzahl der im Lande im Umlauf befindlichen Taels zu einer unendlichen anwächst.

Man muß ein wahrer Zauberkünstler sein, wenn man sich in all diesen komplizierten und geheimnisvollen Rechnungs- und Verrechnungsarten zurechtfinden will, die das chinesische Geld und Gewichtmaß der Taels darstellt. Falls sich aber jemand dabei nicht zurechtfindet, so muß er sich jedesmal entweder auf das „Gewissen“ der Silberhändler und Banken, oder auf die „Ehrlichkeit“ der Wucherer, Wechsler und Kaufleute verlassen, mit denen ihn das Schicksal oder das Geschäft zusammenführt . . .

Zum Zwecke der bequemerer Verrechnung wird der Tael in „Meissy“, die Meissy in Kandarini und diese letzteren in „Cash“ eingeteilt, und zwar enthält ein Tael 10 Meissy, ein Meissy 10 Kandarini und ein Kandarini 10 Cash.

Außer dem Tael sind in China aber auch noch reale Geldzeichen in Umlauf, vollwertige chinesische oder mexikanische Silberdollars mit einem Gewicht von 27,072 gr Silber bei einer Probe von 902 $\frac{7}{10}$ und einem Gewicht von 7 chinesischen Zani und 2 Fyn. Diese Dollars wurden erstmals als ausländische Valuta nach China eingeführt, als China gezwungen wurde, seine Märkte dem ausländischen Handel zu erschließen. Das Wachstum des Handelsumsatzes, namentlich mit den Ausländern, rief den Bedarf an einer Geldeinheit hervor, die sich bequemer verrechnen läßt als das nach Gewicht berechnete Saissigeld oder der mannigfache Tael. In die Zirkulation der chinesischen Volkswirtschaft begannen rasch alle möglichen ausländischen Währungsorten einzudringen: vollwertige Silberdollars, spanische, mit dem Bildnis Karls II. und Karls IV. von Spanien, sogenannte „Carolus-Dollars“, peruanische, bolivische, chilenische und amerikanische Handelsdollars sowie Hongkong-Dollars, indochinesische Piaster, indische Rupien, russische Rubel und japanische Yen. Am liebsten aber wurden innerhalb der Zirkulation der Volkswirtschaft des Landes die mexikanischen Dollars angenommen. Sie verankerten sich ziemlich rasch in den Kanälen der Geldzirkulation der offenen Hafenorte und der größeren Zentren des Landes, von wo aus sie bereits weiter in das Land eindringen. Die chinesische Regierung, die außerstande war, dem massenhaften Eindringen ausländischer Silberwährung in das Land Widerstand entgegenzusetzen, war nach mehreren erfolglosen Versuchen, den mexikanischen Dollar durch eine eigene Münze zu ersetzen, letzten Endes genötigt, sich mit der Tatsache seines Eindringens in die innere Zirkulation der Volkswirtschaft des Landes abzufinden und seine Prägung im Lande selbst unter der gleichen Bezeichnung zu erlauben. Auf diese Weise wurde also der mexikanische Dollar zu einer Art Nationalwährung in China.

Wie außerordentlich in der Folge der Bedarf an diesem Zirkulationsmittel in diesem Lande gestiegen ist, geht schon daraus hervor, daß in der Zeit von 1914 bis 1920 allein über 383 Millionen vollwertige mexikanische Dollar in China geprägt wurden.

In China hat man jedoch sehr bald herausgefunden, welch ungeheurer Vorteil mit der Ausgabe einer nicht vollwertigen Münze in der Zirkulation der Volkswirtschaft verbunden ist. Auf der Jagd nach Münzeinkünften begannen zahlreiche Institutionen und alle möglichen Behörden im Lande als-

bald und allerorts mit der eifrigen Prägung von Scheidemünzen aus Silber und Kupfer. Auf diese Weise wurde der Bedarf der Zirkulation der Volkswirtschaft an diesen Münzen restlos befriedigt, aber weder die Regierung, noch die örtlichen Behörden setzten mit der Prägung aus, im Gegenteil, sie fuhrten fort, systemlos Münzen in immer größeren und größeren Mengen in Umlauf zu setzen. Das führte letzten Endes zu einer fürchterlichen Uebersättigung der Kanäle der Geldzirkulation mit Scheidemünzen. Ihr Kurswert begann rasch zu fallen. Im Zusammenhang damit erfolgte eine rapide Verringerung der Einkünfte der Provinzialbehörden sowie aller jener Personen und Institutionen aus der Münzprägung, die bisher das Recht der Münzprägung und der Ausbeutung der Münzhöfe besessen hatten.

In China gibt es gegenwärtig über 30 Münzhöfe.

Eine jede dieser Münzen weist eine besondere Organisation auf. Einige unter ihnen sind nach amerikanischem System, einige nach englischem und einige nach deutschem, nach japanischem oder nach einem gemischten System eingerichtet. Die einen prägen vollwertige mexikanische oder chinesische Dollars, die anderen Silberscheidemünzen, während wieder andere Kupfermünzen prägen. Die Münzhöfe der Provinzen Nganhei und Szetschwan sind in Nanking, jene von Chan-tschou und Chao-tsin befinden sich im Ressortbereich der Gouverneure dieser Provinzen, während der Münzhof von Ma-Kia-kiang den Flottenbehörden unterstellt ist und der Münzhof von Amoj von chinesischen Kaufleuten betrieben wird.

Sämtliche chinesische Münzhöfe haben sich nach und nach in rein kommerzielle Unternehmungen verwandelt, die sich damit befassen, die Münzen „einzuschmelzen“ und neue Münzen mit geringerem Silbergehalt und mit einer größeren Legierungsmenge in Umlauf zu setzen.

Dabei muß jene besondere Rolle hervorgehoben werden, die die welt-imperialistischen Räuber — die „guten Nachbarn“ Chinas — das englische Weltreich, Hongkong und Japan spielen. Auf der Jagd nach einem Anteil an den Münzeinkünften der chinesischen Republik haben sie gleichfalls niemals abgelehnt und lehnen es bis heute nicht ab, sich mit ihrer „gewichtigen Hand“ in das schuftige Gebaren der chinesischen Falschmünzer einzumischen. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, folgende Angaben anzuführen:

Silber- und Legierungsgehalt der Münzen *.

Nennwert	Silber (pro Münze)		Legierung	
	für Münzen, die in chin. Münzhöfen geprägt wurden	für solche, die in Ländern geprägt wurden, die in der Nähe Chinas liegen	für Münzen, die in chin. Münzhöfen geprägt wurden	für solche, die in Ländern geprägt wurden, die in der Nähe Chinas liegen
10 Cent	0,0619	0,0571	0,0074	0,0143
	0,0552	(Hongkong) 0,0372 (Japan)	0,0164	(Hongkong) 0,0145 (Japan)
20 Cent	0,1307	0,1141	0,0161	0,0292
	0,1141	(Hongkong) 0,1156 (Japan)	0,0268	(Hongkong) 0,0298 (Japan)
50 Cent	0,3226	0,2173	0,0399	0,0705
	0,3040	(Japan)	0,0575	(Japan)

* Ueber dem Strich ist der Höchstgehalt unter dem Strich aber der Mindestgehalt an Gewicht, Probe, Silber- und Legierungsmenge jeder einzelnen Münze angegeben.

Wenn man berücksichtigt, daß allein 1923 aus Hongkong und den China naheliegenden Ländern Silbermünzen in Höhe von 23 109 369 Zoll-Taels, d. h. ungefähr 25 Prozent des gesamten in diesem Jahre eingeführten Silbers nach China eingeführt wurden, so kann man sich vorstellen, wie sehr die „guten Nachbarn“ Chinas allein an dieser Operation „verdient“ haben.

Die Folge dieser „Geldhandels“-Operationen ist die, daß die Silbermünze in China immer mehr entwertet wird. Ihr Kurswert begann sich dem Gewichtswert des in ihr enthaltenen Edelmetalls katastrophal rasch anzunähern. Letzten Endes entstand in der Geldzirkulation des Landes eine Spannung zwischen dem vollwertigen Dollar und der dem Dollar gleichwertigen Silber- und Kupferscheidemünze. Im Zirkulationsprozeß der Volkswirtschaft triumphierte somit erneut, neben der Verrechnung in Tael, das Gewichtsprinzip als Bestimmung des Wertes der Münzen.

Ungefähr das gleiche Schicksal, allerdings in geringerem Grade, haben auch die vollwertigen chinesischen Dollars oder Yuan* erfahren. Die Münzhöfe begannen sie in immer größeren Mengen zu prägen als eigentlich erforderlich war, ohne auch in diesem Falle weder mit dem Bedarf noch mit der durch den Zirkulationsprozeß der Volkswirtschaft festgesetzten Norm zu rechnen. Auf diese Weise wurde auch nach und nach die vollwertige Dollarmünze in China „verdorben“.

1924 wurde beispielsweise von der Hongkonger Bankkorporation festgestellt, daß der Münzhoft Nganhei im Laufe des ganzen Jahres mexikanische Dollars geprägt und innerhalb der Volkswirtschaft in Umlauf gesetzt hat, deren Silbergehalt anstatt 88,9 Prozent Silber nur 78,9 Prozent betrug (die im Lande allgemein übliche Norm ist 88,9 Prozent). Auf der zentralchinesischen Nationalkonferenz der Bankvereinigungen wurde sogar aus diesem Anlaß eine besondere Resolution angenommen. Die Bankvereinigungen forderten von der Regierung für diesen Münzhoft ein Prägeverbot. Die Regierung zögerte natürlich nicht, diese Bitte schleunigst zu erfüllen, auf Grund bestimmter Angaben aber ist bekannt, daß dieser Münzhoft seine „Arbeit“ nicht nur nicht eingestellt, sondern umgekehrt, sogar damit begonnen hat, auch 20 Cent-Münzen schlechterer Qualität** zu prägen und insgeheim in Umlauf zu setzen. Abgesehen jedoch von all diesen sozusagen „subjektiven“ Faktoren muß jedoch die Kaufkraft selbst des vollwertigen mexikanischen Silberdollars ständig von den Weltpreisen für Silber beeinflußt werden und wird auch davon beeinflußt, da bekanntlich die Weltpreise für Silber auf den Weltabsatzmärkten dieses Metalls seit der Ausschaltung des Silbers aus dem Münzverkehr und seiner Verwandlung in eine gewöhnliche Ware außerordentlich heftigen Schwankungen unterworfen sind. Dieser Umstand konnte unter den gegebenen Verhältnissen natürlich nicht umhin, auch auf den Kurswert des vollwertigen Silberdollars zurückzuwirken.

Das ist der Grund, weshalb die Schwankungen der Silberpreise auf dem Weltmarkt die auf diesen beruhende Geldzirkulation für ihre gewöhnlichen Funktionen und Zwecke gänzlich oder fast gänzlich untauglich machten

* Yuan — eine der Bezeichnungen des mexikanischen Dollars. Seit in China Silberdollar mit dem Bildnis von Yuan-Shi-kai geprägt werden, gehen sie unter dieser Bezeichnung.

** „The Chinese Year Book“ 1925/26, Tientsin, Seite 985 bis 989.

bzw. machen. Bis zum heutigen Tage aber kommen in China zu dieser Erscheinung noch eine Menge anderer negativer Momente hinzu. Gerade deshalb haben die Schwankungen der Silberpreise auf dem Weltmarkt in China stets zu einer regelrechten Erschütterung des ganzen Geldsystems geführt, die sämtliche Grundlagen einer normalen Wirtschaftstätigkeit im Lande durcheinander brachte und das ganze System in den Augen der Bevölkerung diskreditierte.

Wenn nun die Dinge in bezug auf die Zirkulation von Silbergeld in China so liegen, verlohnt es sich dann noch, neben den vorstehend gemachten Ausführungen auch noch auf jene Mißbräuche einzugehen, die in diesem Lande im Zusammenhang mit der Prägung und der Zirkulation von Kupfergeld an der Tagesordnung sind? Denn hier bestehen in der Tat überhaupt keine hemmenden Momente mehr.

Abgesehen von den vorstehend aufgezählten Zirkulationsmitteln gibt es in der Zirkulation der chinesischen Volkswirtschaft auch ein Papiergeld. Seine Emission erfolgt in der Regel in China durch ausländische Banken, die hier die inoffiziellen Filialen der Emissionsbanken der jeweiligen imperialistischen Länder sind oder durch die zahlreichen einheimischen — staatlichen und örtlichen — Regierungs- und Privatbanken, die entweder einzelnen Finanzorganisationen oder einzelnen unternehmungslustigen Militaristen, oder endlich auch einzelnen Kaufleuten, Wucherern und Wechslern, beziehungsweise deren Gruppenvereinigungen gehören.

In China gibt es bis heute noch keine allgemeine Gesetzgebung in bezug auf das Emissionswesen, dem sich alle Emissionsbanken unterzuordnen hätten, ebenso wenig wie das Emissionswesen im Lande in irgendeiner Weise einer gemeinsamen Leitung untergeordnet ist. Infolgedessen ist es den einheimischen und ausländischen Banken durchaus nicht schwer, sich einfach das Emissionsrecht für Banknoten anzueignen oder im günstigsten Falle von der chinesischen Regierung die Genehmigung auf einer für beide Teile vorteilhaften Grundlage zu erhalten.

Die Generäle und Marschälle, die Generalgouverneure (Dud-Sjunv) und die Höchstkommmandierenden haben ebenfalls sehr rasch die Bedeutung der Emission von Banknoten als einer Quelle, aus der sich Einkünfte ziehen lassen, begriffen und erfaßt. In den ihrer Regierungsgewalt untergeordneten Bezirken bzw. in den Bezirken, in denen ihr Einfluß am stärksten ist, begannen sie deshalb ihre eigenen Emissionsbanken einzig und allein zu dem Zwecke zu errichten, Papiergeld herauszugeben und daraus Einkünfte zu ziehen. Jedoch diese von den Banken emittierten Gelder fanden häufig keine Abnahme im Zirkulationsprozeß der Volkswirtschaft, worauf man dazu überging, sie mit Hilfe der offenen Gewalt — mit Hilfe der Festsetzung örtlicher angesehenen Kaufleute als Geiseln — in Umlauf zu bringen. Die Militaristen setzten dabei häufig die einflußreichsten örtlichen Kaufleute in Haft und hielten sie solange fest, bis die örtliche angesehenere Kaufmannschaft oder ihre einflußreichsten Handelskammern und Handels- und Industrieunternehmungen Garantien gaben, daß die von ihren Banken emittierten Gelder in den Umlauf und in die Zirkulation der örtlichen Volkswirtschaft gebracht werden. Aber es ist auch vorgekommen, daß sie das Papiergeld mit Hilfe ihrer Söldnersoldaten in Umlauf brachten, denen sie dieses Geld als Löhnung, als Belohnung oder einfach für Zwecke des Unter-

haltes der Truppenteile aushändigten. Selbstverständlich blieben in solchen Fällen die Gelder solange in Umlauf, als der jeweilige Militarist — der allmächtige „Bankherr“ — oder seine Clique sich in dem jeweiligen Bezirk an der Macht erhielt. Er brauchte aber nur die geringste Niederlage auf dem Schlachtfelde zu erleiden oder „friedlich“ aus diesem Bezirke abzuziehen, als auch schon seine Emissionsbank unverzüglich „aufflog“, wobei alle seine Papiergelderchen sofort entwertet und aus dem Umlauf gezogen wurden. Kam jedoch in diesen Bezirk ein neuer Militarist, ein neuer „Herr des Landes“, so begann diese ganze Geschichte gewöhnlich von vorne

Unter solchen Verhältnissen begannen sich die Kanäle der Geldzirkulation überaus rasch mit Papiergeld zu verstopfen, das von den verschiedensten Bankinstitutionen herausgegeben worden war. Die Banknoten-Emission der einheimischen Regierungs- und Privatbanken wurde somit, wie wir gesehen haben, gleichfalls aufs äußerste kompromittiert. Die von ihnen herausgegebenen Banknoten fanden natürlich von allem Anfang an einen äußerst beschränkten Zirkulationskreis, während viele überhaupt alsbald aus der Zirkulation der Volkswirtschaft herauszufallen begannen. Zum Unterschied von diesen mußten die Banknoten der ausländischen Banken*, die durch ihre zahlreichen Filialen in den verschiedenen Handels- und Industriezentren des Landes herausgegeben wurden und eine entsprechend gute Deckung hatten, in ganz natürlicher Weise unter diesen Verhältnissen der Papiergeld-Zirkulation eine größere Popularität und ein größeres Vertrauen im Lande gewinnen, bzw. haben es auch gewonnen. Da es aber im Lande ein einheitliches Emissionssystem von Banknoten, hauptsächlich infolge der seitens der Militaristen betriebenen Mißbräuche mit der Emission, sowie all dieser, gelinde gesprochen, „Defekte“ der Organisierung der chinesischen Emissionswirtschaft nicht gibt und da diese „Defekte“ ein allgemeines Mißtrauen dem Papiergeld gegenüber überhaupt hervorgerufen haben, eroberte das Papiergeld auch dieser Banken sich eine nur äußerst begrenzte Umlaufsphäre im Lande; es fand Eingang in die volkswirtschaftliche Zirkulation vorwiegend der Städte und der sogenannten offenen Häfen. Gleichzeitig von dem Wunsche getragen, auf jegliche Weise die selbständige Entwicklung der Produktionskräfte Chinas einzudämmen und alle seine Keime der industriellen Entwicklung abzutöten, um nachher ohne Kontrolle seinen an potentiellen Möglichkeiten ungeheuer großen Rohstoff- und Absatzmarkt auszubeuten, machen sich die Imperialisten aller Länder, von allem anderen abgesehen, auch das allgemeinchinesische Valuta- und Emissionschaos zunutze und bedienen sich seiner als Werkzeug zur Zersplitterung dieses ungeheuren Landes in sogenannte politische und wirtschaftliche Einflußsphären. Die fremden Banken schoben die Notwendigkeit vor, den normalen Umtausch von Banknoten gegen Silber zu sichern für den Fall, daß sie gleichzeitig in den lokalen Filialbanken zum Einwechseln präsentiert werden, und begannen — zur Vermeidung angeblicher Schwierigkeiten beim Umtausch — auf ihren Banknoten die Bankfilialen zu vermerken, wo sie zur Emission gelangt waren und die sonach für den ungehinderten Umtausch gegen vollwertige Silberdollars zuständig waren. Auf diese Weise verloren

* Die Banknoten der ausländischen Banken lauten auf vollwertige Silberdollars und sind tatsächlich gegen solche auswechselbar.

diese Banknoten in bezug auf andere Punkte des Landes, wo ebenfalls Filialen der gleichen Stammbank vorhanden waren, den Charakter eines Geldzeichens und bewahrten bloß die Eigenschaften eines Verrechnungsschecks, den diese Filialen zu einem Kurse kaufen und verkaufen konnten in Uebereinstimmung mit dem Ueberweisungssatz zwischen den Städten, in denen der An- und Verkauf der Banknoten vorgenommen wurde, und der Stadt, in der sie tatsächlich ausgewechselt werden.

Bei diesem Emissions- und Zirkulationssystem der Banknoten im Lande war es natürlich für die ausländischen Banken ein leichtes, nicht nur ihre eigene Emission zu befestigen, sondern auch das Vertrauen des chinesischen volkswirtschaftlichen Umsatzes für ihre eigenen Interessen auszunutzen, um aus diesem Umsatz sowie aus ihrer Emissionswirtschaft ungeheure Profite herauszuholen und gleichzeitig nicht nur den gesamten Umsatz des Landes, sondern auch das Land selbst in Fetzen zu reißen und so die althergebrachte Methode aller Ausbeuter und Bedrücker — „Teile und herrsche!“ — in Anwendung zu bringen

Mehr als alle indessen wuchs und gedieh (und gedeiht bis zur Stunde) auf Kosten dieses ganzen selbstgeschaffenen Valutawirrwarrs in China der gewiegteste Räuber des englischen Imperialismus in China — die englische Hongkong-Schanghai-Bank. Sie fischt nicht nur unverändert „im Trüben“ der chinesischen Geldzirkulation, sondern „versorgt“ noch außerdem den gesamten volkswirtschaftlichen Umsatz des Landes. Sie nimmt beispielsweise „für es“ alle seine intervalutarischen und internationalen Abrechnungen im Außenhandel vor; sie setzt beispielsweise „für das Land“ die Kurse der fremden Valuta fest und spekuliert „für es“ auf Hausse oder umgekehrt auf Baisse des Weltmarktpreises für Silber, wobei sie ausschließlich „die Interessen des chinesischen Umsatzes“ wahrnimmt. Dies allein gibt bereits eine klare Vorstellung davon, wieviel an allem dem der englische Imperialismus „verdient“ hat und noch weiter „verdient“, und welch' mächtiges Ausbeutungs- und Bedrückungsinstrument er in China in Händen hat

Es fehlt gegenwärtig an jeglicher Möglichkeit, festzustellen, wie groß die Menge des gesamten im Lande zirkulierenden Papiergeldes ist. Sowohl die chinesischen als auch die fremden Banken veröffentlichten fast niemals und nirgends ihre Emissionsbilanzen; sie umgeben immer die Emissionen mit einer besonderen Heimlichtuerei, mit einem außerordentlichen kommerziellen Geheimnis. Faktisch gibt es in China bis zur Stunde weder eine Ueberwachung noch eine Kontrolle der allgemeinen Kredithandhabung und sogar der Emissionstätigkeit aller dieser Banken. Aus eben diesem Grunde ist es gänzlich oder fast gänzlich unmöglich, sogar aus den von einigen dieser Banken veröffentlichten Operationsbilanzen ihrer Tätigkeit irgendwelche Angaben, sei es über die Ausmaße der von ihnen ausgenutzten Emission, sei es über die Art ihrer Deckung, sei es sogar über den Bestand ihrer eigenen Kapitalien, zu gewinnen. Aus alledem ergibt sich, daß alle Angaben über die Veranschlagung des Umfanges der in China zirkulierenden Papiergeldmengen außerordentlich widerspruchsvoll sind. Manche Forscher beziffern sie z. B. mit 360 bis 410 Millionen mexikanischer Dollar, wobei sie annehmen, daß die ausländischen Banken für etwa 100 bis 120 Millionen mexikanische Dollars Papiergeld in Umlauf brachten, die Bank of China für 110 Millionen mexikanische Dollars, die Verkehrsbank für 50 Millionen mexika-

nische Dollars und die anderen chinesischen Banken insgesamt für nicht über 110 bis 120 Millionen mexikanische Dollars. Aber wie dem auch sei, nur die Banknoten der fremden Banken bilden in China eine stabile Papiergeldwährung, und sie allein erfreuen sich eines bedeutenden Vertrauens im volkswirtschaftlichen Umsatz des Landes. Unter diesen Bedingungen wird sogar diese auf den ersten Blick unscheinbare Emissionssumme von 100 bis 120 Millionen mexikanische Dollar in den Händen der Imperialisten, die hinter ihren Banken in China stehen, zu einem machtvollen Mittel der Durchdringung und Ausbeutung des gesamten volkswirtschaftlichen Umsatzes dieses Landes. Wie wirksam dieses Mittel ist, kann man zum mindesten daraus ersehen, daß sowohl die chinesischen Banken als auch die chinesischen Unternehmer bisher keine oder fast keine unmittelbaren Handels- oder Bankbeziehungen zum Auslande unterhalten, daß der gesamte Außenhandel und alle mit ihm zusammenhängenden Abrechnungen mit Hilfe der oben genannten fremden Banken in China gehandhabt werden und daß diese letzteren fast selbstherrlich nicht nur für die anderen Länder, sondern auch für China selbst die Kurse aller seiner vielfältigen und zahlreichen Währungen festsetzen, von denen jede einzeln genommen einen äußerst beschränkten Zirkulationskreis hat. Gewiß, die kolonialen Banken treten im Lande selbst nicht unabhängig voneinander und jedenfalls nicht ganz offen auf, sondern sie verfahren nach einem äußerst verwickelten und weitverzweigten System der ihrer Kontrolle unterliegenden chinesischen und Tochterbanken und mit Hilfe zahlreicher Börsen, eines ganzen Heeres von Agenten, Schiebern, Exporteuren und anderen Räubern, die unter ihrem finanzwirtschaftlichen Einfluß stehen. Aber das ändert natürlich nichts am Wesen, noch an der ganzen Art dieses Systems der internationalen Plünderung und Ausbeutung Chinas . . .

Alles das erschöpft indessen nicht alle Fragen der Geldzirkulation in China. In manchen Gebieten der Chinesischen Republik, die zum Teil bereits Kolonien der internationalen imperialistischen Räuber geworden, zum Teil jedoch noch nicht von ihr losgelöst sind, aber bereits Halbkolonien derselben Räuber bilden, wird der volkswirtschaftliche Umsatz entweder von der nationalen Valuta der an China grenzenden Nachbarländer oder von anderen ausländischen Valuten getragen, die speziell zu diesem Zweck in Umlauf gebracht werden. Vor dem imperialistischen Krieg und sogar noch vor der Oktoberrevolution bildete beispielsweise die Geldzirkulation der Nordmandschurei einen unlöslichen Bestandteil des Geldsystems im vorrevolutionären Rußland. In der Folge indessen entstand allmählich in dem Maße der durch Krieg und Revolution bewirkten Entwertung des russischen Rubels in der Geldzirkulation der Nordmandschurei ein „Vakuum“. Der japanische Imperialismus beeilte sich damals, den russischen zu „ersetzen“ und die für ihn günstige Konjunktur auszunutzen. Seine Zentralbank in Korea begann rasch, ihre Papiergeldemission zu entfalten und vermittelst eines ganzen Systems von speziellen finanzwirtschaftlichen Maßnahmen ihre Yenwährung im volkswirtschaftlichen Umsatz dieser Provinz zu verwurzeln. Dasselbe führten in bezug auf China auch die anderen Räuber des Weltimperialismus durch . . .

Gegenwärtig gibt es in China noch kein einheitliches, von einem bestimmten Mittelpunkt aus geregeltes System der Geldzirkulation. Es gibt

in diesem Lande bisher kein festgelegtes Verhältnis zwischen den einzelnen Währungen, die nicht nur in verschiedenen Bezirken, sondern sogar in ein und derselben Provinz im Umlauf sind. Infolgedessen werden die An- und Verkaufskurse aller im Lande zirkulierenden Geldsorten, wie bereits erwähnt, jeden Tag oder sogar mehrmals am Tage im Zusammenhang mit vielen Ursachen festgesetzt. Auf diesem Gebiete hängt natürlich vieles sowohl von dem einfachen wechselseitigen Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot ab, die auf dem Markt hinsichtlich der einen oder anderen Geldsorten bestehen, als auch vom Marktpreis des in den Münzen enthaltenen Edelmetalls, von dem realen Gehalt dieses Metalls in den Münzen und schließlich von allen möglichen wirtschaftlichen, politischen und anderen Faktoren, die nicht nur im gesamten Lande, sondern auch in den einzelnen Provinzen, Städten und Bezirken so oft entstehen und so oft einander ablösen.

Das Fehlen einer einheitlichen Währung und einer allgemeingültigen Münzeinheit; das Vorhandensein einiger nebeneinander bestehender Währungen in jeder Provinz, jeder Stadt, jedem Bezirk und sogar jedem Dorfe; die auf Silber basierende Geldzirkulation; die Zirkulation von Silberbarren — „Si-Sy“ —, die in Taels umgerechnet werden; die Mannigfaltigkeit der Taels und der beschränkte Umlaufkreis einer jeden Taelorte; die Zirkulation aller möglichen vollwertigen Silberdollars und verschiedener Arten von Papiergeld, die von jedem X-Beliebigen in Umlauf gebracht werden; die Zirkulation von silbernem, kupfernem und papierernem Wechselgeld mit ihren zahlreichen selbständigen Börsenkotierungen, die täglich auf die seltsamste Art abwechseln; die Wechselkurse des Geldes: des Taels gegen den Dollar, des Dollars gegen den Tael sowie gegen das silberne und kupferne Wechselgeld, des Kupfers gegen das Silber, des Silbergeldes gegen das Papiergeld, der einen Papiergeldsorte gegen die anderen, gegen Taels, Barren, Dollars, silbernes und kupfernes Wechselgeld, — alles das erzeugt im volkswirtschaftlichen Leben des Landes eine unzählige Menge von jeder Berechnung unzugänglichen Momenten, die einen sehr günstigen Nährboden für jedes beliebige „Börsenspiel“ oder jegliche Spekulation abgeben.

„Der Cent oder der Copper“, sagt Spalding, „gleichet nominell 10 Cash, der Dollar 1000 Cash. In der Praxis jedoch besteht zwischen ihnen kein bestimmtes Verhältnis. Ein Dollar kann auch 1400 Cash wert sein, von denen je 80 für 100 Cash gerechnet werden, und je 80 können aus 60 großen und 20 kleinen Cash bestehen. Gleichzeitig kann auch der Wert des Coppers zwischen 8 bis 11 Cash schwanken; der Wert des vollwertigen Silberdollars schwankt zwischen 0,70 bis 0,75 des Taelwertes, und ein Silbertael kann 90 bis 100 Prozent reines Silber enthalten.“ *

Es ist vollkommen klar, daß insofern sich der Kurs der silbernen und kupfernen Münzen und der mannigfachen Taels fortwährend stark ändert und der Kurs des im Lande zirkulierenden silbernen und kupfernen Wechselgeldes die unbeeinträchtigte Tendenz zum Fallen zeigt, deren Ausmaße für die breiten Massen der Bevölkerung in jedem gegebenen Augenblick schwer zu erkennen sind, daß insofern die Börsenjobber sich an jedem beliebigen Waren- und Geldgeschäft auf Kosten der Bevölkerung bereichern können. Wie groß diese Möglichkeiten sind, läßt sich schon allein daraus schließen, daß für einen vollwertigen mexikanischen Dollar gegenwärtig in China in

* W. Spalding „Eastern Currency and Finance“, London 1924, Seite 390 bis 391.

manchen Fällen 125, in anderen 130 oder gar 140 Cent in Silberkleingeld gezahlt werden, während mit Kupfermünzen gezahlt wurde im Jahre 1918 von 1310 bis zu 1380 Cash, im Februar 1921 von 1430 bis zu 1510 Cash, im Juni 1922 von 1690 bis zu 1850 Cash, im April 1924 von 2000 bis zu 2140 Cash und im Dezember 1925 bis zu 2800 Cash.

Alle in China vorhandenen Banken, die chinesische Kaufmannschaft, die Wechselstuben und Valutaschieber haben sich schon längst diesem Geldsystem des Landes angepaßt, aber die Massen, die ungeheuren Massen der chinesischen Bevölkerung müssen mit ihren spärlichen Einkünften für diesen ganzen Währungswirrwarr im Lande aufkommen . . .

Seit dem 3. Jahre der Republik, oder seit 1914 nach unserer Zeitrechnung, machte die chinesische Regierung oftmals Anstrengungen, die Fragen der Geldzirkulation und der Münzprägung im Lande zu regeln. Aber alle diese Anstrengungen verliefen bisher erfolglos, weil sie alle auf das Problem aller chinesischen Probleme, auf die Machtfrage, stießen. Es ist vollkommen klar, daß insofern diese Frage noch nicht von der Tagesordnung des sozialpolitischen Lebens des Landes abgesetzt ist, das Währungschaos noch lange Zeit herrschen und die Wirtschaft des Landes zerstören kann. —

Die Millionenmassen des chinesischen Volkes haben sehr lange, allzu lange untätig mit angesehen, wie die Staats- und Wirtschaftsmaschine ihres Landes im Interesse ihrer Ausbeuter, Bedrücker und Feinde — der Imperialisten und eingeborenen Militaristen — arbeitet. Die breiten Massen dieses Volkes leiden bereits sehr lange unter der Willkür der großen und kleinen Machthaber, unter dem zersetzenden Einfluß der ewig einander befehrenden militaristischen Cliques, Kombinationen und Gruppierungen, unter dem wirtschaftlichen, sozialen und politischen Druck des ausländischen Imperialismus, der unkontrollierbar in ihrem Lande wirtschaftet. Die aus der Revolution hervorgegangene Kantonregierung hat sich in letzter Zeit die Aufgabe gestellt, dem Lande eine nationale Währung zu geben. Sie trat auf diesem Gebiete wie auch auf allen anderen Gebieten als Wegbereiter in China auf. Obwohl zaghaft und ungeschickt, übernahm sie dennoch die Initiative, zu zeigen, wie zur Sicherung der Eroberungen der nationalen Revolution die Geldzirkulation des Landes reorganisiert werden kann und muß. Neben den anderen nationalpolitischen und sozialwirtschaftlichen Problemen wird sie so oder so auch die Aufgabe lösen, eine nationale Währung und eine einheitliche Geldzirkulation zu schaffen.

K J A I S A M I N :
 DER AUFSTAND AUF JAVA UND SUMATRA
 (INDONESIEN)

I.

Der Aufstand auf Java im November des vergangenen Jahres und der auf Sumatra am Anfang dieses Jahres haben viele überrascht, obgleich man ihn seit langem erwartet hat. Unsere Gegner haben seit langem, als die Unterdrückungspolitik gegen die revolutionäre Volksbewegung schärfer betrieben wurde, gehäht, daß diese zu einem baldigen Ausbruch des Aufstands führen mußte. „Het Volk“, das Organ der holländischen Sozialdemokraten in Holland, das erst schrieb, der Aufstand sei ein kommunistischer Blödsinn, mußte zwei Wochen nach dem Ausbruch des Aufstands eingestehen, daß dieser Aufstand nicht nur etwa möglich, sondern daß man seit langem darauf gespannt gewesen sei, wann er endlich zum Ausbruch kommen würde. Der vor kurzem verstorbene, in Holland und Indonesien sehr bekannte Pfarrer van Lith, der lange Jahre als Missionar der katholischen Kirche unter der Bevölkerung Javas gearbeitet hat, schrieb in seinem im Jahre 1924 erschienenen Buche, daß in dem einzuberufenden indonesischen Parlament kein genügender Widerstand der Eingeborenen zu erwarten sei, daß a u ß e r h a l b des Parlaments jedoch der Zusammenstoß vorbereitet würde. Dieser Zusammenstoß sei kein Zusammenstoß der Führer, sondern der Massen, der letzten Endes nicht anders enden könne, als mit der Vertreibung der fremden Holländer aus Indonesien. Dieser Pfarrer hat also die Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem holländischen Ausbeutertum und den ausgebeuteten und unterdrückten indonesischen Volksmassen besser begriffen als die wenigen in Indonesien befindlichen holländischen Sozialdemokraten, die jetzt, nach dem Aufstand, sich anstrengen, diese Gegensätze auf „gesetzlichem“ Wege auszugleichen. Stellte der Mann der Kirche fest, daß der Kampf gegen den holländischen Imperialismus von den Volksmassen selbst außerhalb des Parlaments ausgetragen werden wird, so tun unsere friedfertigen Sozialdemokraten alles mögliche, um diesen außerparlamentarischen Kampf zu verhindern, indem sie eingeborene einflußreiche Führer für die Zusammenarbeit mit der holländischen Regierung zu erwärmen trachten, um damit die Volksbewegung zu verwässern.

Ein anderer christlicher Missionar, Dr. Kramer, der auf dem Gebiete der politischen Strömungen unter den Eingeborenen so viel Autorität hat, daß die Regierung ihn ersucht hat, ihr Berater zu werden, sagte sechs Monate vor dem Aufstand in seinem Urteil über die eingeborene Volksbewegung, diese sei in allen ihren Schattierungen ein Ausdruck des Protestes, des Widerstandes, des Aergernisses und der Kritik, der scharf revolutionär sei und im Geheimen arbeite. Die Lage war damals so ernst, daß dieser Missionar warnend hinzufügte, „die Atmosphäre sei zum Platzen geladen; ihre Entladung müsse in erster Linie durch das Vorgehen der Machthaber erfolgen“.

Seit langem herrschte also in Indonesien ein revolutionärer Zustand. Die

Regierung war darüber gut unterrichtet. Dies bewies die Tatsache, daß der Oberstaatsanwalt von Indonesien, der zugleich das Oberhaupt der Polizei ist, an die örtlichen Behörden im April des vergangenen Jahres ein Schreiben gerichtet hat, in dem die Bereithaltung der Polizei und des Heeres befohlen wurde, weil angeblich im Mai die Kommunisten Streiks und Ruhestörungen organisieren wollten. Auch die Bewaffnung der europäischen Angestellten auf den Plantagen wurde für erwünscht betrachtet. Dr. de Graeff, der Anfang September des vorigen Jahres ernannte neue Generalgouverneur Indonesiens, erkannte den Ernst der Lage, die Gefahren, die die holländische Herrschaft bedrohten. Bei seinem Amtsantritt erflachte er in seiner Ansprache das Vertrauen aller Bevölkerungsschichten. Er könne Argwohn nicht ertragen, Argwohn lähme seine Kraft, sagte er. Der nationalistischen Intelligenz, die zur Zeit die Nonkooperationspolitik vertrat, brachte er die süßesten Schmeicheleien entgegen, um wenigstens einen Teil der der Regierung feindlich gesinnten Eingeborenen für sich zu gewinnen und sie von der Massenbewegung zu trennen.

Die Lage vor dem Ausbruch des Aufstandes war revolutionär und ist es auch jetzt noch, trotzdem der Aufstand unterdrückt ist. Die vielen langen Berichte in den holländischen Zeitungen in Indonesien beweisen, daß die holländischen imperialistischen Kreise die Entwicklung der Dinge noch sehr sorgenvoll betrachten. Die Verstärkung der Polizei und des Heeres, die Bewaffnung der Polizisten mit Gewehren, die Unterrichtung eines Teiles der Polizei im Handgranatenwerfen, die Bewachung der Polizeiwachen mit Maschinengewehren, die Bewaffnung der weißen Angestellten auf den Plantagen durch die Regierung mit Feuerwaffen, die Bildung von Bürgerwehren und Schützenvereinen, dies alles sind Anzeichen dafür, daß trotz dem verschärften Terror, der sofort nach dem Aufstand einsetzte, die revolutionäre Bewegung noch nicht völlig unterdrückt ist, daß im Gegenteil ein Aufschwung in kürzester Zeit zu erwarten ist. Die Klassengegensätze in Indonesien haben sich so verschärft, daß der Ausbruch einer ganzen Reihe von Aufständen unvermeidlich ist, und zwar von Aufständen, die sich zu einer großen Aufstandsbewegung, zu einem nationalen Freiheitskrieg verschmelzen werden, der mit dem Sturz der fremden holländischen Herrschaft enden wird. Noch einen anderen Umstand, der einen außerordentlichen Einfluß auf die Entwicklung der revolutionären Volksbewegung in Indonesien hat, dürfen wir nicht vergessen, nämlich die chinesische Revolution. Wie die russische Revolution von 1917 zu der Schaffung von Arbeiterorganisationen in Indonesien und letzten Endes zu dem überwiegenden Einfluß der kommunistischen Bewegung in Indonesien geführt hat, so wird der Sieg der chinesischen Revolution ohne Zweifel die Freiheitsbewegung wie in den anderen Kolonien, so auch in Indonesien gewaltig stärken.

Wir glauben, daß es nicht übertrieben ist, wenn wir sagen, daß der Novemberaufstand auf Java und der Januaraufstand auf Sumatra für Indonesien dieselbe Bedeutung haben, wie die Revolution von 1905 für Rußland. Weiter dürfen wir, wenn wir die gegenwärtige internationale Lage berücksichtigen, die Hoffnung hegen, daß die Niederwerfung des holländischen Imperialismus nicht allzu lange auf sich warten lassen wird. Sind wir so weit, dann wird die weitere Entwicklung zu der proletarischen Revolution verhältnismäßig rasch erfolgen.

Es ist jetzt festgestellt worden, daß die Führung der Aufstandsbewegung auf Java und Sumatra sich in Händen der Kommunisten befand. Für viele Genossen in Westeuropa ist es vielleicht befremdend, daß in einem Koloniallande wie Indonesien nicht die nationale, sondern die kommunistische Richtung der Volksbewegung ihren Stempel aufdrückt. Auch die holländischen Sozialdemokraten in Indonesien müssen den überwiegenden Einfluß der kommunistischen Richtung anerkennen. Sie hoffen jedoch, daß „das kommunistische Abenteuer“, wie sie den Aufstand nennen, einen Wendepunkt für die Volksbewegung bedeuten werde.

„Het Indische Volk“ vom 10. Januar d. Js., das Organ der indischen Sozialdemokraten, schreibt:

„Die Tatsache, daß ein politischer Importartikel wie der Bolschewismus hier eine selbständige Parteikraft entfalten kann, die größer ist als in irgendeinem asiatischen Lande, zeugt dafür, daß die eigene Volksbewegung sich noch in einem Jugendstadium befindet, daß sie zersplittert und unsicher ist. Damit ist auch ihre innere Schwäche bewiesen. Britisch Indien und China hat Moskau auch durchwühlt, dort ist die Agitation Moskaus eine Anregung für die eigene, scharf begrenzte, fest verwurzelte Bewegung. Dort wissen wir nichts von der Existenz selbständiger kommunistischer Organisationen mit ihrem raffinierten Apparat in Gestalt von Zellenbildungen und Nebenorganisationen. Dort standen die Volksparteien fest da, hielten die nationale Eigenart und Aeußerung aufrecht. Dort wurde die Propaganda Moskaus wie ein Wetzstein für die eigene Kraft angewandt, diese Kraft wurde nicht zum großen Teil von dem fremd hinzugekommenen Kommunismus ersetzt. Nur der Mangel an eigener indonesischer Schöpferkraft für einen selbständigen Kampf für das nationale Ideal konnte dazu führen, daß zu guter Letzt die Massen in kommunistische Hände geraten sind, daß Moskau auch leicht die Organisationen des ‚denkenden Teiles der Nation‘ anstecken konnte.“

Als 1918 der linke Flügel der Sozialdemokratie in Indonesien an die Bildung von proletarischen Kampforganisationen herantreten wollte, vertrat der rechte Flügel den Standpunkt, daß derartige Organisationen nicht gebildet werden könnten, aus dem Grunde, weil die Arbeiterklasse Indonesiens, besonders Javas, noch zu unentwickelt sei. Der linke Flügel der Sozialdemokratie gründete 1920 die Kommunistische Partei, die den Herren Sozialdemokraten jetzt klar gezeigt hat, daß in Indonesien für eine kräftige proletarische Partei wohl Raum ist. Kurz vor dem Aufstand anerkannten die Sozialdemokraten dies auch. In einer Erwiderung auf einen Artikel eines der Sozialdemokratie nahestehenden Verfassers, der behauptete, daß ohne die Periode des westeuropäischen Kapitalismus durchzumachen, der Sozialismus in Indonesien nicht aufgebaut werden könne, und daß deswegen in Indonesien jetzt mehr ein nationaler Kampf als ein Klassenkampf möglich sei, schreibt die Redaktion des „Indischen Volkes“, des Organs der oben genannten holländischen Sozialdemokraten u. a. folgendes:

„Der moderne Kapitalismus ist in Ländern geboren und gewachsen, wo die Industrie die hauptsächlichste und natürliche Existenzquelle des Volkes sein und werden konnte. Agrarstaaten brachten einen anderen, eigenen Kapitalismus und Sozialismus hervor. Wenn nun Herr W. einsehen will, daß hier der überreiche Boden mit seinen kaum erschöpflichen Möglichkeiten dem ökonomischen Leben der großen Volksmassen eine agrarische Grundlage verleiht, worauf beruht dann die sichere Behauptung, daß das Durchmachen einer westlichen kapitalistischen Periode unvermeidlich ist?“

„Allein, dürfen wir verhindern oder nicht erwarten, daß Orientalen Sozialisten werden gemäß der westeuropäischen „Schablone“? — Wir müssen ihnen das Wesen und die Kraft des Kapitalismus zeigen und zudem die des Sozialismus. Ihnen bleibt es überlassen, wie sie unter den kolonialen Verhältnissen aus der Lehre Nutzen ziehen sollen, wie sie das Gelernte verarbeiten, um den Sozialismus aufzubauen, der

eigenen Gesellschaft und dem eigenen Gemütsleben entsprechend. Was daraus wachsen kann, das kann kein Europäer anordnen.

Diese Anerkennung der Sozialdemokraten erfolgte erst, nachdem wir den Beweis erbracht haben, daß eine proletarische Bewegung in Indonesien nicht nur möglich, sondern notwendig ist für die erfolgreiche Bekämpfung des Imperialismus.

Wir werden uns die Faktoren näher ansehen, die es der kommunistischen Richtung in Indonesien ermöglichen, der ganzen Volksbewegung führend voranzugehen.

Die verschiedenartigen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen der Inseln Indonesiens

Die Inseln Indonesiens befinden sich auf verschiedenen wirtschaftlichen Entwicklungsstufen. Ja, es gibt sogar Gebiete, wo, wie z. B. auf Neu-Guinea, die Eingeborenen noch eine Nomadenexistenz führen und wo noch Kannibalismus herrscht. Es gibt kaum ein Land, wo derartige Unterschiede in der Entwicklungsstufe der Bevölkerung zu verzeichnen sind, wie in Indonesien.

Wirtschaftlich am fortgeschrittensten ist die Insel Java, deren Bevölkerungszahl 1920 35 Millionen zählte. Nach neuen Schätzungen hat Java etwa 40 Millionen Einwohner. Die Inseln Sumatra, Borneo, Celebes und die anderen kleineren Inseln und ein Teil von Neu-Guinea, die man gewöhnlich die „Außenbesitzungen“ nennt, hatten 1920 zusammen 14 Millionen Einwohner. Die sehr dichte Bevölkerung Javas ist es, die diese Insel wirtschaftlich schnell vorwärts treibt. Welchen wirtschaftlichen Vorsprung Java vor den übrigen Inseln zusammen hat, zeigen am besten die nachfolgenden Zahlen, die wir dem Jahresbericht der Javanischen Bank entnehmen. Diese Zahlen repräsentieren die Summe der ausgeführten landwirtschaftlichen Produkte der großkapitalistischen Betriebe, wie Zucker, Kautschuk, Chinin, Kaffee, Tee, Tabak, Kakao usw.:

Ausfuhr Indonesiens:		
	Anteil Javas	Anteil der Außenbesitzungen
	231 Millionen Gulden	70 Millionen Gulden
1913	516 „ „	113 „ „
1921	400 „ „	121 „ „
1922	651 „ „	166 „ „
1923	695 „ „	205 „ „
1924		

Die großkapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe Javas, das nur ein Drittel Indonesiens ausmacht, führten also im Jahre 1924 mehr als das Dreifache aller anderen Inseln zusammen aus.

Die landwirtschaftliche Ausfuhr der Eingeborenen, im Vergleich zu der gesamten landwirtschaftlichen Ausfuhr, betrug:

	Java	Die übrigen Inseln zusammen
1913	15,7 Prozent	44 Prozent
1921	12,6 „	47 „
1922	10,3 „	49 „
1923	11,8 „	46 „
1924	12,0 „	51 „

Diese Zahlen sprechen dafür, daß auf Java die eingeborene Wirtschaft von der großkapitalistischen stark zurückgedrängt wird und daß die kapitalistische Großwirtschaft dort immer mehr die erste Stelle einnimmt. Während

die Zahlen für Java die Tendenz der weiteren Verdrängung der eingeborenen Wirtschaft zeigen, weisen die für die „Außenbesitzungen“, besonders für Sumatra, bis 1924 noch die Tendenz der weiteren Entwicklung der eingeborenen Wirtschaft auf. Jedoch sind jetzt bereits viele Anzeichen vorhanden, daß auch die Eingeborenenwirtschaft auf Sumatra durch das Vordringen des Auslandskapitals auf die Seite gedrängt werden wird.

Die landwirtschaftlichen Industrien sind jetzt die wichtigsten für Indonesien; ihre Ausfuhr betrug 1924 mehr als 70 Prozent der Gesamtausfuhr. Von diesen Industrien ist die Zuckerindustrie die wichtigste, deren Ausfuhr machte 1923 36,5 Prozent und 1924 32,1 Prozent der gesamten Ausfuhr aus. Diese Zuckerindustrie befindet sich nur auf Java und wird wissenschaftlich betrieben. Der Zuckerertrag auf Java beträgt pro Bouw (7200 qm) mehr als das Doppelte desjenigen von Kuba.

Wie rasch die Zersetzung der Bauernschaft auf Java durch das Vordringen des ausländischen Kapitals vor sich geht, zeigen wohl die nachfolgenden Zahlen:

	Zahl der Dörfer mit rein individuellem Besitz am Boden	Zahl der Dörfer mit rein gemeinschaftlichem Besitz am Boden	Zahl der Dörfer mit gemischtem Besitz am Boden
1882	5 605	13 546	10 081
1892	6 240	11 136	12 337
1902	6 711	7 885	12 337
1907	6 889	7 228	11 656
1912	7 500	6 043	11 315
1917	7 526	4 739	11 112
1922	8 016	3 005	10 393

Die Zahl der Dörfer auf Java ist von 29 518 im Jahre 1882 auf 21 539 im Jahre 1922 herabgesunken, so daß in diesen 40 Jahren Zusammenfügungen der kleineren Dörfer zu größeren erfolgt sind. Trotzdem kann man den Rückgang der Zahl der Dörfer mit reinem gemeinschaftlichen Besitz an Boden und die Vermehrung der Dörferzahl mit reinem individuellen Bodenbesitz gewissermaßen als einen Beweis für die vor sich gehenden starken Veränderungen der Verhältnisse in den Dörfern betrachten. Die Vermehrung der Dörferzahl mit reinem individuellen Bodenbesitz erfolgte auf Kosten der Dörfer mit reinem gemeinschaftlichen Besitz an Boden. Diese Umwandlungen sind natürlich von der Zersetzung eines Teiles der Bauernschaft begleitet worden.

1924 ist ein offizieller Bericht über die „Ergebnisse der Untersuchung über den Steuerdruck auf die Bevölkerung Javas“ erschienen. Nach den darin enthaltenen Zahlen berechnet man, daß die Bevölkerung Javas 1924 — man nimmt die Einwohnerzahl von 35 Millionen im Jahre 1920 als Grundlage der Berechnung — eine Einnahme von nahezu 1500 Millionen Gulden jährlich hatte, d. h. jede Person 42,86 Gulden jährlich. Eine Familie von fünf Köpfen hatte also durchschnittlich eine Jahreseinnahme von 214,30 Gulden oder 4,12 Gulden, d. h. etwa 7 Mark wöchentlich.

Diese Ziffern scheinen jedoch noch zu günstig angenommen zu sein. Die „Hamburger Nachrichten“, die an dem Import in Indonesien interessiert sind, schreiben im Anschluß an den Bericht van Ginkels, der von der zweiten holländischen Kammer beauftragt wurde, die ökonomische Lage der Bevölkerung zu untersuchen, u. a. folgendes:*

* Zurückübersetzt aus dem holländischen Blatt „Java Bode“.

„Die Kommission van Ginkel, die offiziell den Auftrag erhalten hat, eine Untersuchung der ökonomischen Lage der Bevölkerung Javas (Holländisch-Indien) einzuleiten, hat einen Bericht erstattet, der nicht weniger als eine Anklage gegen die Regierung von Niederländisch-Indien ist. Versuche in dem Bericht, alles in besserem Licht erscheinen zu lassen, werden zunichte gemacht durch die statistischen Angaben über die Einnahmen der Bevölkerung. Laut diesen Ziffern betragen die durchschnittlichen Einnahmen einer javanischen Familie von 5 Köpfen in den wohlhabendsten (von mir unterstrichen, K. S.) Gegenden 225 Gulden jährlich, auf welche die Regierung 10 Prozent Steuern erhebt. Selbst wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß der Javaner wenig Kleidung, sehr einfaches Hausgerät und Mobiliar benötigt, so sind diese Einnahmen noch schändlich niedrig (von mir unterstrichen, K. S.). In Serang (Westjava, wo der Aufstand ausgebrochen ist, K. S.) betragen diese Durchschnittseinnahmen 185 Gulden und in Djokdja (Mitteljava) durchschnittlich 21,16 Gulden pro Kopf jährlich (weniger als 3 Mark monatlich, K. S.). Davon müssen die Steuern, die Miete, die Nahrung, und die Kleider bestritten werden. In dem dichtbevölkerten Bezirk Surakarta, wo zwei Millionen Menschen wohnen, beträgt diese jährliche Durchschnittseinnahme pro Kopf 39 Gulden (65 Mark, K. S.).

Ein anderer Vertreter des Imports, H. L. Haighton, äußerte sich in „Handelsberichten“ folgendermaßen über die Armut der javanischen Volksmassen:

Um eine Vorstellung von den ungünstigen Umständen für den Import zu bekommen, muß man die sehr geringe Kaufkraft der Eingeborenen ins Auge fassen, die auf den Plantagen einen Tagelohn verdienen gleich dem Stundenlohn eines hiesigen (d. h. holländischen, K. S.) Arbeiters. Der Kapitalbesitz der Eingeborenen auf Java mit Ausnahme einiger weniger Fälle, hat nichts zu bedeuten. Die Lebenslage des Javaners kann mit folgenden Worten charakterisiert werden: „In den Tag hinein leben und dazu noch äußerst elend“.

„De Courant“, eine liberale holländische Zeitung auf Java, mußte in einem Artikel „Unruhen und Wohlstand“ feststellen, daß zwar jetzt die sogenannte Kopfsteuer, die von der Bevölkerung als sehr ungerecht empfunden wird, aufgehoben wird, daß aber auch die anderen verschiedenen Steuern noch sehr schwer auf den javanischen Bauern lasten. Nach Angaben dieses Blattes soll der Bauer oft 25 Prozent und mehr von seinen Einnahmen an Steuern abliefern müssen. Das Blatt schreibt dann weiter:

„Aber aus den genauen Ziffern über diese Fälle darf ohne Vorbehalt folgende Schlußfolgerung gezogen werden:

Ein Teil der Dorfbewohner auf Java (wir hoffen, daß es nur ein kleiner Teil ist), ist so entsetzlich besteuert und muß daher von einer sehr minimalen Einnahme leben, daß er bei einem Aufstand gegen den Staat nichts zu verlieren hat als sein Leben, und zwar ein Leben, das voll Elend, Sorge und Mangel ist, ein Leben, auf das die meisten von uns sehr wenig oder gar keinen Wert legen würden.

Es ist daher kein Wunder, daß die kommunistischen Führer besonders in den Dörfern Tausende von Anhängern gewinnen konnten, die bereit waren, bewaffnet gegen die Vertreter der Staatsmacht zu kämpfen.“

„Die Aufhebung der Kopfsteuer im Jahre 1927 bringt zweifellos vielen eine gewisse Erleichterung, aber die Zifferangaben, die sogar in den neuesten offiziellen Berichten über diese Sache zu finden sind, zeigen klar genug, daß die Aufhebung dieser Kopfsteuer nur eine ganz geringe Verbesserung bedeutet für die Lebenslage der Dorfbewohner.“

So beurteilen die Vertreter des Imports in Indonesien die Lage der breiten Volksmassen, eine Beurteilung, die wir als eine vernichtende Verurteilung der holländischen imperialistischen Mißwirtschaft in Indonesien betrachten können.

Die unaufhaltsame Verarmung der breiten Volksmassen auf Java macht diese Insel zu einem Sammelbecken für billige Arbeitskräfte, wie dies auch in Südchina der Fall ist. Bis zu einem gewissen Grade kann man in bezug

auf Indonesien sagen, daß Java das Land der Lohnarbeiter ist und die übrigen Inseln das Land der Bauern.

Die Verelendung der Volksmassen nimmt erst seit dem Kriegsausbruch so rapide zu. Die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise zwang viele, das übriggebliebene Erbe zu verkaufen. Die Verarmung der eingeborenen Kleinhändler setzte 1920 ein, als die Krise hereinbrach. Die massenhaften Entlassungen und der Lohnabbau der Arbeiter und Angestellten verkleinerten die Absatzmöglichkeiten der Händler, die die Bedürfnisse der Massen zu befriedigen hatten. Einen sehr schweren Schlag versetzte die Regierung dieser Kleinhändlerschicht durch eine außergewöhnliche Erhöhung der bestehenden und die Einführung von neuen Steuern. Diese trafen nicht nur die Kleinhändlerschicht, sondern ebenfalls die übriggebliebene Bauernschicht. Die Pauperisierung umfaßte immer mehr alle Bevölkerungsschichten. Dies begünstigte das Aufkommen einer anarchistischen Richtung in der Volksbewegung Indonesiens, die in Attentaten zum Ausdruck kam. Im Jahre 1923 wurde das erste politische Attentat gegen den Generalgouverneur Indonesiens verübt, den man als den Urheber allen Elends betrachtete. Seitdem sind Bombenattentate und andere Anschläge an der Tagesordnung.

Die Zersetzung der kleinbürgerlichen Schicht auf Java findet ihren Ausdruck in dem starken Rückgang des einst mächtigen Massenvereins Sarekat Islam im Jahre 1923. Der Rückgang der Mitgliederzahl bewirkte die Auflösung der einst populären revolutionären national-indischen Partei als Partei der revolutionären Intelligenz, die damals die revolutionäre Richtung in der Volksbewegung vertrat. Die Hegemonie der Kommunistischen Partei seit Ende 1923 ist nichts anderes als der Ausdruck der Proletarisierung der breiten Volksmassen und der weiteren Zuspitzung der Gegensätze zwischen dem holländischen Imperialismus und den pauperisierten Volksmassen.

Die Uebernahme der Führung der Bewegung durch die Kommunistische Partei auf Java war die Ursache davon, daß auch die unterdrückten Bauern auf Sumatra, Borneo, Celebes und der andern Inseln in der Kommunistischen Partei die einzige Partei sahen, die imstande sein werde, sie erfolgreich in den Kampf gegen die holländische Unterdrückung zu führen. Auf Sumatra, das 3,6 mal so groß ist wie Java und 1920 sechs Millionen Einwohner hatte, hatte unsere Partei einen großen Anhang. Sumatra nimmt in Indonesien die zweite Stelle ein und ist für das Kapital das Land der „nächsten Zukunft“. Die Bauernwirtschaft und der Kleinbetrieb sind hier noch vorherrschend. In Südost-Sumatra hat sich 1925 ein kleiner Teil der Bevölkerung auf Grund der sehr hohen Kautschukpreise rasch bereichert. Boden für die Anlage von Plantagen gibt es hier noch im Ueberfluß, nur die Arbeitskräfte sind nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Diese Arbeitskräfte bezieht das Kapital aus China und Java. Es arbeiten jetzt auf Sumatra etwa 300 000 Kontraktarbeiter, die unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen, die man sich nur denken kann, arbeiten müssen. Außer Plantagen gibt es auf Sumatra Kohlen- und Goldbergwerke und eine moderne Industrie für die Gewinnung von Erdöl. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Insel zu beschleunigen, geht die Regierung daran, in raschem Tempo Eisenbahnverbindungen und Verkehrswege herzustellen. Wie rapid die wirtschaftliche Entwicklung auf Sumatra vor sich geht, kann man wohl daraus ersehen, daß in einer Periode von zwölf Jahren das in Ostsumatra festgelegte Kapital sich mehr als ver-

doppelt hat, und zwar von 207 Millionen Gulden im Jahre 1913 auf 440 Millionen zu Beginn des Jahres 1925. Davon sind 52 Prozent holländisches und 48 Prozent ausländisches Kapital, besonders englisches, das in der Kautschukgewinnung die erste Stelle einnimmt.

Holländisch-Borneo, das viermal so groß ist wie Java, hatte 1920 zwei Millionen Einwohner, und ist aus diesem Grunde wirtschaftlich noch sehr rückständig, obgleich es dort eine große moderne Industrie für Erdölgewinnung und Kohlenbergwerke gibt. Das Kapital arbeitet hier wie auf Sumatra mit Kontraktkulis. Bauernwirtschaft ist hier wie auf Sumatra noch vorherrschend. Ein kleiner Teil der Bevölkerung hat sich wie auf Sumatra durch den Kautschukhandel bereichert.

Celebes, das 1,5 mal so groß ist wie Java, hatte 1920 drei Millionen Einwohner. Das Kapital ist hier wie in Borneo noch nicht weit vorgedrungen. Die Wirtschaft für eigenen Bedarf spielt hier noch eine sehr wichtige Rolle. Eine kurze Eisenbahnstrecke ist seit 1923 in Betrieb.

Die anderen Inseln Indonesiens sind mit einigen Ausnahmen, wie Bali und Lombok, noch rückständiger als Sumatra, infolge ihrer spärlichen Bevölkerung, ihrer Kleinheit und der geringen Fruchtbarkeit des Bodens.

Um in Sumatra, Celebes, Borneo u. a. weiter vordringen zu können, braucht das Kapital Wege, zu deren Anlage und Unterhalt infolge des Mangels an Lohnarbeitern die Bauern herangezogen werden. Es passiert häufig, daß durch diesen Frondienst die Bauern ihre Felder nicht bestellen können und Mißernte und Hungersnöte sind die Folge davon. Die Aufstände, die wiederholt auf den „Außenbesitzungen“ ausgebrochen sind, finden ihren Grund in diesem unbezahlten Frondienst.

Das ist das wirtschaftliche Bild der wichtigsten Inseln Indonesiens.

(Schluß folgt.)

H. GÜNTHER:
REVUE DES REVUES*

Diese Zeitschrift unterscheidet sich von allen anderen Veröffentlichungen der Reformisten dadurch, daß sie nicht mit der Arbeiterpresse, sondern mit der bürgerlichen „wissenschaftlichen“ Literatur in Wettbewerb treten will. In ihr geben sich die Doktoren und hochbezahlten Syndici der Gewerkschaften mit den „Leuchten“ der bürgerlichen Wissenschaft ein Stelldichein, wodurch die Zeitschrift für die innere Struktur der Gewerkschaften außerordentlich aufschlußreich wird. Es ist eine Zeitschrift der Doktoren, die sich heute in respektabler Anzahl um die Futterkrippe der Gewerkschaften angesiedelt haben. Sie haben sich weder sozial noch gesellschaftlich von ihren Kollegen in den Unternehmerverbänden getrennt und versäumen nicht, in Zeitschriften und Lohnverhandlungen sich ihre gegenseitige Hochachtung auszudrücken. Von Zeit zu Zeit geht einmal der eine oder der andere in das Lager des Gegners über, ohne daß dieses Ereignis besonderen Eindruck auf die Betroffenen macht. Dieser gesellschaftlichen Grundlage entspricht auch der Inhalt der „Arbeit“.

„Die „Arbeit“ soll befruchtend auf den Geist der Arbeiter wirken. Diese Wirkung kann aber nur eine mittelbare sein. Nur eine Elite der Arbeiterschaft wird aus den Aufsätzen der „Arbeit“ geistige Anregung schöpfen, für die Masse ist die hier gebotene Kost nicht verdaulich“,

schreibt in Nr. 2 der Gewerkschaftsredakteur Kayser — ein Mann, der es schließlich wissen muß. Immerhin erfüllt aber die „Arbeit“ eine Aufgabe: das Propagandaorgan für die Wirtschaftsdemokratie und die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum zu sein. Nirgends finden wir, oft in geradezu lächerlich wissenschaftlichem Gewande, so deutlich den Geist, der die Reformisten von heute beseelt. Wie die Mitarbeiter — von den zahlreichen Autoren der beiden vor uns liegenden Nummern sind nur zwei aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Gewerkschaftsbeamte, die anderen Intellektuelle — so ist selbstverständlich auch der Inhalt.

In Nummer 1 behandelt ein Dr. Langelütke die „Aufgaben und Bedeutung der Konjunkturinstitute“, in denen er die „Wetterwarten der Wirtschaft“ sieht. Er ist heilig davon überzeugt, daß der einzige Unterschied zwischen Wirtschafts- und richtigem Wetter nur darin besteht, daß zum Unterschied vom wirklichen das Wirtschaftswetter im Observatorium „gemacht“ oder wenigstens beeinflußt werden kann. (S. 2.)

Von Marx hat der Herr auch schon einmal etwas gehört (vermutlich durch Sombart), was er durch den tief sinnigen Satz beweist, daß „entgegen der Krisentheorien eines Marx und anderer Theoretiker das Ausmaß der Krisen sich im Laufe der Zeit immer mehr abschwächte“. (S. 3.) Der Weisheit letzter Schluß scheint ihm in den von Spiethoff und der Harvard-Universität „entdeckten“ Konjunkturphasen zu liegen, die ebensoviel Wert für die praktische Wirtschaftsforschung haben, wie der Satz des großen Satirikers Nestroy: „Wenn die Teuerung wächst, so steigt sie“.

Der wackere Anhänger der Wirtschaftsdemokratie will sich natürlich nicht nur auf die Voraussage von Konjunkturen beschränken, sondern in dem Ehrgeiz eines Wettermachers mit Hilfe der „Konjunkturdiagnose“ Krisen ausschalten.

„Der von uns neben der Konjunkturanpassung genannte Weg der Konjunkturausschaltung, der durch frühzeitigen, vorausschauenden Eingriff, sei es seitens des Staates, der Zentralbank oder der Wirtschaftsverbände (!) es zu einem Konjunkturausschlag erst gar nicht kommen läßt, baut sich ja erst auf den Forschungsergebnissen dieser Institute auf“. (S. 7.)

„Konjunkturforschung ist also nichts anderes, als der Prozeß fortschreitenden Bewußtwerdens der Wirtschaft und hierin liegen ihr letzter Sinn und ihre Bedeutung, die wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, um durch bewußten Eingriff den bisher an allen Ecken und Enden

* Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 1927, Heft 1 und 2.

klaffenden Wirtschaftsmechanismus zu einem zweckvoll funktionierenden Ganzen zu gestalten.“ (S. 7.)

Uns hat also bis heute im wesentlichen nur der richtige Professor gefehlt.

Der zweite Artikel von Dr. Bruno Rauecker behandelt „Monotonieproblem und Sozialpolitik“. Der Artikel gibt eine gute Uebersicht über die Literatur der letzten Zeit, wo in Deutschland alle Fragen, die mit der Rationalisierung zusammenhängen, sehr ausführlich behandelt werden. Er weist nach, wie die Frage des Einflusses der Monotonie und überhaupt der seelischen Wirkungen des mechanisierten Arbeitsprozesses sich in erneuter, verschärfter Form stellen dort, wo es sich nicht nur um Mechanisierung und Zerlegung des Arbeitsprozesses (Fließarbeit) handelt, sondern, wo die Kontinuität der Arbeit durch mechanische Mittel, vor allem durch das Fließband, garantiert wird. Er unterstreicht die Rolle der Arbeitsphysiologie, die, wie er selbst zugeben muß, in keinem Lande, außer der Sowjetunion, vom Staate wirklich gefördert wird. Gibt er so einen verhältnismäßig guten Ueberblick vor allem über die bürgerliche und akademische Literatur, so ist der „positive“ Teil des Artikels um so armseliger. Der Verfasser sieht ganz klar, daß die Monotonie der Arbeit nicht eine Frage des Arbeitsprozesses allein, sondern des Lebens der Arbeiter und ihrer sozialen Stellung ist. Was rät er also — außer der Aufzählung einiger Gewerkschaftsforderungen, die das papierne Inventar des ADGB bilden?

„In dem Maße, in dem die industrielle Automatisierung der Freiheit der schöpferischen Gestaltung des Arbeiters im Wege steht, oder sie völlig ausschaltet, muß sie sich in den übrigen Lebensbezirken bewähren können . . . Diese Freiheit muß dem Arbeiter gegeben werden in der Wirtschaft wie in der Politik. Wer ihm hierbei in den Weg treten wollte, würde durch die natürliche explosive Gewalt seines in der Mechanisierung des Arbeitsprozesses beengten Freiheitswillens mit elementarer Gewalt beiseite geschleudert werden.“

Wirtschaftsdemokratie, Sonntagsausflüge, Kleingärten — kurz das behagliche Spießbürgerglück ist das Heilmittel gegen die Folgen der Rationalisierung. Entkleidet man aber den letzten Satz seiner konfusen Worthülle, so ist es ein Eingeständnis, daß die Rationalisierung durch die gesteigerte Ausbeutung revolutionierend auf gewisse Arbeiterschichten wirkt.

Einen größeren Raum in der Zeitschrift nimmt dann auch noch die Diskussion über die Frage der Presse ein, die im „Gewerkschaftsarchiv“ begann und in den beiden Nummern der „Arbeit“ fortgesetzt wird. Das Elend der Gewerkschaftsblätter, die heute in einer Auflage von 4 Millionen Stück um Stück an einen stillen Ort wandern, ohne kaum einmal das Auge eines Lesers zu erblicken, hat nun endlich Kritiker auf den Plan gerufen, die glauben, daß man durch drucktechnische und redaktionelle Mätzchen die Gewerkschaftspresse beleben könnte, die doch in Wirklichkeit nur deshalb so tot ist, weil sie völlig losgelöst von den Massen vegetiert und dadurch den einzig wahren Ausdruck des gegenwärtigen Zustands der reformistischen Organisationen gibt. Das Blatt sagt den Arbeitern nichts, weil sie in der Gewerkschaft nichts zu sagen haben.

Herr Jakob Altmaier empfiehlt den Gewerkschaften, sich der sozialistischen Journalisten zu erbarmen, die sich in bürgerlichen Redaktionen herumdrücken und viel lieber in Gewerkschaftsblättern schreiben würden, wobei Altmaier, der es ja wissen muß, nicht verschweigt, daß das die Gewerkschaften ein nettes Stück Geld kosten würde. Das ist es aber gerade, womit der ihm antwortende Gewerkschaftsredakteur Kayser in Nr. 2 nicht einverstanden ist, weil die „sozialistischen Journalisten nicht das genügende Verantwortungsgefühl“ hätten, die Arbeiter in einem evtl. Streik zurückzuhalten.

Ein Artikel über das jetzt von der deutschen Kohlenindustrie auf die Tagesordnung gesetzte Problem der Versorgung Deutschlands mit Gas durch die Kokereien, vor allem des Ruhrgebiets, beweist, daß es in Gewerkschaftskreisen Leute gibt, die in der Monopolisierung der Gasfernversorgung durch die Ruhrkohlenindustrie keine ernste Gefahr sehen und glauben, daß diese Organisation durch das Zureden der Gewerkschaften und des Staates günstig beeinflußt werden könnte. Der Verfasser zieht natürlich staatliche oder Gemeindewerke vor, glaubt aber, in dem Kampf gegen die Versorgung durch die Kokswerke nur eine Folge des „oft bekundeten Mangels psychologischen Verständnisses bei den Ruhrindustriellen“ zu sehen

Der letzte große Artikel behandelt die Frage des Finanzausgleiches zwischen Städten und Reichsregierung in Deutschland. Prof. Lindemann tritt in ihm für die Gemeindeautonomie in finanzieller Hinsicht ein.

Die Rundschau bringt einige arbeitspsychologische Studien über Begleitumstände bei Unfällen und — natürlich höchst „wissenschaftlich“ — eine Empfehlung des Machwerks von Dan: „Sowjetrußland, wie es wirklich ist“, das für die Theoretiker dieser Zeitschrift immer noch eine Quelle der Forschung über Sowjetrußland ist.

Im zweiten Heft behandelt Dr. L. Preller „Fließarbeit und Arbeiterschutz“. Er gibt wertvolles Material über die Gefährdung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter in rationalisierten Betrieben. Vor allem ist es die Vernachlässigung von notwendigen Schutzmaßnahmen, die die Kontinuität des Arbeitsprozesses stören könnten, dann die Monotonie und schließlich das Tempo, das keine Rücksicht auf die Individualität des Arbeiters nimmt. Preller fordert die „Einschaltung des Arbeiterschutzes als bewußt produktiven Faktor von der Betriebsleitung aus“, was seine Auffassung von der Rolle des Arbeiters hinreichend charakterisiert. Weitere Maßnahmen, wie Verkürzung der Arbeitszeit, soziale Gestaltung der Arbeitsweise und schließlich Verhinderung der Akkorddrückerei, sollen Ergebnis einer „gemeinsamen Arbeit von Arbeitern und Unternehmern“ sein. Wo Betriebsdemokratie nicht ausreicht, will man sie durch „Ausgestaltung der Freizeit des Arbeiters“ unter Kontrolle der staatlichen Organe, wie sie dem Arbeitsamt des Völkerbundes vorschwebt, ergänzen. Auf diesem Wege, hofft Preller, werden die deutschen Gewerkschaften und Unternehmer den Unternehmern anderer Länder voranschreiten!

Ebenfalls das Rationalisierungsproblem behandelt der Artikel des Gewerkschaftsführers Spliedt über „Arbeitsmarktpolitik und Verkürzung der Arbeitszeit“. Der Artikel ist eine Verteidigung des Notgesetzentwurfes des ADGB gegenüber den Angriffen durch die Unternehmerpresse. Spliedt, der alte Kampfgenosse Leiparts gegen Kommunisten und alles, was sich der Arbeitsgemeinschaft in den Weg stellte, sagt in diesem Artikel einige für die arbeitsgemeinschaftliche Einstellung der reformistischen Führer der deutschen Gewerkschaften sehr charakteristische Dinge; so sagt er z. B. bei der Verteidigung des Satzes der Begründung des Notgesetzes, der von der „Zurückführung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß“ spricht:

„Diese Begründung ist stark angegriffen worden: man wollte sie werten als einen unverantwortlichen, gegen die Wirtschaft gerichteten Rückfall in den Geist der Demobilisierung des Jahres 1919, wo das für die erschöpfte Wirtschaft so dringliche Ziel der Erreichung des größten wirtschaftlichen Nutzeffektes des Produktionsapparates zunächst zurücktreten mußte hinter dem noch dringlicheren Zweck, aus staatspolitischen (!) Gründen möglichst viele Menschen in Arbeit und von der Straße (!!) zu halten, sei es auch unter Gefahr unprofitablen Leerlaufs in den Betrieben. Für die sich mühsam aufrichtende deutsche Wirtschaft sei jetzt die Entfaltung der höchsten Produktionskapazität und möglichste Senkung der Produktionskosten das dringlichste Ziel, das nicht durch die Wiederherstellung des Achtstundentages gefährdet werden dürfe.“

Die Vorwürfe können die Gewerkschaften nicht treffen, denn gerade sie sehen in dem möglichst hohen Leistungseffekt der Arbeit eine — allerdings nicht die einzige — Vorbedingung zur Senkung der Produktionskosten und damit über den sinkenden Warenpreis eine Vorbedingung der Erweiterung des Konsums und des Warenabsatzes. Sie haben daher auch nie die Rationalisierung abgelehnt, sondern sie sogar gefördert.“

In diesem Sinne ist auch sein ganzer Artikel gehalten.

In der gleichen Nummer der Zeitschrift finden wir noch einen höchst „gelahrten“ Artikel über „Die Umbildung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen“, in dem sich ein Jurist abmüht, den Grundsatz der Parität in den ganzen Wust zünftlerischer Berufsvertretungen, die in Deutschland existieren, hineinzuschustern. Ein Artikel über Finanzierung des Wohnbauwesens und die Rundschau schließen die Nummer im gleichen Geiste ab. Immerhin zeigt die Zeitschrift deutlich das Bild der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Führung. Mehr und mehr kommt der Syndikus, der berufsmäßige Gewerkschaftsbeamte, der dem Arbeiter völlig fremd ist, zur Macht.

SPEKTATOR:
KRISIS DER WELTWIRTSCHAFT,
ÜBERVÖLKERUNG EUROPAS, STEUER-
ÜBERWÄLTUNG*

Der 172. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik enthält die Referate und die Diskussion der 1926 in Wien stattgefundenen Tagung dieses Vereins. Wie bereits aus der Inhaltsaufzählung hervorgeht, standen höchst aktuelle Fragen auf der Tagesordnung. Die Referate und die daran anknüpfende Diskussion sind von großem Interesse, nicht nur weil sie das Verhalten der bürgerlichen Gelehrtenwelt zu diesem Problem widerspiegeln — soviel wir wissen, wird die Krisis der nachkriegszeitlichen Volkswirtschaft zum ersten Mal in diesen Kreisen erörtert —, sondern weil sich auch zum ersten Mal Sozialisten — Hilferding und Eggert — an der Tagung des Vereins für Sozialpolitik beteiligten. Eggert ist bekanntlich einer der Leiter der heutigen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Den ganzen Inhalt dieses Buches in einer kurzen Notiz zu erschöpfen ist ein Ding der Unmöglichkeit, wir werden daher nur auf einige wenige Punkte eingehen.

Vor allem ist das Verhalten in der Frage der nachkriegszeitlichen Krise des Kapitalismus von Interesse. Der österreichische Präsident, Dr. M. Hainisch, selbst ein Gelehrter, versuchte in seiner Begrüßungsrede seine Auffassung der heutigen Krise darzulegen. Er gesteht es ganz offen, daß er sich mit Sismondi solidarisiert und gewissermaßen auch mit Rosa Luxemburg, die seiner Meinung nach Sismondi mit Marx zu vereinigen sucht. Des weiteren verwies er darauf, daß der Export nach Industrieländern hauptsächlich aus Rohstoffen und Halbfabrikaten besteht, während agrarische Länder hauptsächlich Fertigfabrikate importieren, und knüpfte daran die Schlußfolgerung, daß das vom Kriege hervorgerufene rasche Industrialisierungstempo der agrarischen Länder in Wahrheit die Grundlage der gegenwärtigen Krise ist und daß die kapitalistische Produktionsweise nur eine „Episode in der Geschichte“ sein kann, der eine Periode ruhigerer, stetiger Entwicklung, die aber auch eine nichtsozialistische sein kann, folgen wird.

Auf einem ganz anderen Standpunkt in bezug auf die heutige Krise steht Prof. Harms, der ein Referat über Strukturveränderungen der Weltwirtschaft hielt. Dieses Referat bringt deutlich zum Ausdruck, wie die moderne Bourgeoisie den technischen Fortschritt und das, was als Rationalisierung der Industrie bezeichnet wird, zu ihren Gunsten auswertet. Harms konstatiert die Verschiebung des Schwerpunkts der Wirtschaftsentwicklung nach den Ueberseeländern, verweist auf die neuen technischen Möglichkeiten und erklärt, „Kapitalismus und kapitalistischer Geist sind in einem Wandel begriffen“.

Wenn man aber in Westeuropa glaubt, daß es gelingen wird, den Kapitalismus zu überwinden und daß die Entwicklung in der Richtung „gemeinwirtschaftlicher Denkweise“ verläuft, so glaubt Harms daran nicht, da in allen anderen Teilen der Welt der Kapitalismus noch auf einem jugendlichen Entwicklungsstadium steht und bestrebt ist, den Schwerpunkt der Entwicklung auf seine Seite zu ziehen. Daß es ihm gelingen wird, wird von Harms nicht angezweifelt, wenn nicht in Europa „eine Renaissance des kapitalistischen Geistes“ eintritt.

„Kapitalistischer Geist wird entweder auf der ganzen Linie ausgerottet, oder aber diejenigen Völker, welche ihm vorzeitig entsagen, sind zum Abstieg verurteilt, ein Prozeß, der sich zunächst auf dem Rücken des Proletariats vollzieht“ (Seite 34). „Die westeuropäische Arbeiterschaft ist deshalb vor allem berufen, von den Unternehmern zu fordern, daß solange das kapitalistische System überhaupt besteht, sie sich den kapitalistischen Geist bewahren, denn andernfalls ist das ganze eine Farce.“

Somit muß die Arbeiterklasse, gemäß den von der bürgerlichen Wissenschaft gezogenen Schlüssen, die Unternehmer ermuntern, sie zu „kapitalistischem Geist“ ermahnen. Noch

* Band 172 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Dunker und Humblot, München-Leipzig 1926.

mehr, da ihrer Meinung nach in anderen Weltteilen keine soziale Revolution zu erwarten ist, so bleibt den westlichen Arbeitern nichts anderes übrig, als sich diesen kapitalistischen Geist zu eigen zu machen. Hilferding, der sich gegen Harms wandte, fragte, von welchem „kapitalistischen Geist“ bei Harms die Rede ist, da man doch weiß, daß er große Wandlungen erfahren hat: Einst war er liberal, später konservativ, schutzzöllnerisch und imperialistisch aggressiv. Aus dem Referat des Prof. Harms kann man tatsächlich nur mit Mühe herauslesen, was er eigentlich unter diesem „Geist“ versteht. Interessant ist nur sein Hinweis darauf, daß der Staat gegenwärtig in höherem Maße als früher die Monopolisierung bestimmter Rohstoffmärkte beeinflußt und unterstützte diesen Hinweis durch das bekannte Beispiel der Kautschukgewinnung. Obwohl dieses Beispiel gegen den Solidaritätsgeist der Völker zu sprechen scheint, schließt Harms sein Referat mit einem Aufruf zur „internationalen Interessensolidarität“ gegen den Konkurrenzkampf. Es versteht sich, daß das nur eine hohle, nichtssagende Phrase ist, die nichts dadurch gewinnt, daß man sich dabei auf den Namen von David Hume beruft.

Viel weiter in der Entwicklung der liberalen Ideen ging Prof. Eulenburg, der vom Kampf zwischen der Idee der Nationalität und der Idee der Solidarität sprach, auf die Wechselbeziehungen der Staaten nach dem Kriege einging und zu dem Schluß kam, daß die Industrialisierung der neuen Länder der Entwicklung der alten Industrieländer nicht im Wege stehe. Prof. Schüller analysierte die Situation tiefer und charakterisierte sie richtiger, indem er auf den Kampf zwischen den Unternehmerorganisationen hinwies, einen Kampf, der sich gegenwärtig besonders scharf zugespitzt hat und der immer mehr zu einer der bedeutungsvollsten Erscheinungen der nachkriegszeitlichen Wirtschaftsentwicklung wird. Zwischen Eulenburg und Schüller entbrannte eine Polemik über die Ursachen der Teuerung der Nachkriegszeit. Schüller wurde auch vom Prof. Lederer unterstützt, der seinerseits auf die Rolle der monopolistischen Organisationen in der modernen Wirtschaft hinwies.

Doch am bezeichnendsten war die Rede Hilferdings, der in dieser Tagung als „Minister a. D.“ tituliert wird. Er polemisiert gegen Hainisch mit dem Hinweis darauf, daß bereits Thomas Mun, der Vater des englischen Merkantilismus, die Meinung ausgesprochen hat, daß dem Kapitalismus kein langes Leben beschieden sei. Die Rede von Hainisch charakterisiert er als eine Polemik gegen den Kapitalismus von rechts. Seitdem wir, so sagt er, wieder zu normalen Verhältnissen auf dem Weltmarkt gekommen sind, erzwingt die kapitalistische Konkurrenz wieder die Herstellung der verletzten Proportionalität, wodurch schließlich die Heilung der Krise herbeigeführt werden wird. Diese, seine optimistische Auffassung unterstützt er durch Berufung auf den zweiten Band des „Kapitals“ und läßt dabei eine höchst charakteristische Bemerkung fallen: „Es ist gar nicht so schlimm, daß dieser zweite Band so wenig gelesen wird, denn es könnte unter Umständen ein Hohelied des Kapitalismus aus ihm herausgelesen werden“. Das Stenogramm vermerkt hier lebhaftes Heiterkeit und Rufe: „Sehr richtig!“ Die bürgerlichen Gelehrten haben ein großes Wohlgefallen daran gefunden. Selbstverständlich!

Ebenso wie seinerzeit Tugan-Baranowski und Struwe es versucht haben, ihren Verrat an dem Marxismus durch eine Berufung auf den zweiten Band des Kapitals zu rechtfertigen, tritt auch Hilferding in ihre Fußtapfen und will den Beweis erbringen, daß der Kapitalismus aus seiner heutigen Krise einen Ausweg finden wird. Darüber, welche Rolle der monopolistische Kapitalismus, mit dessen Eigentümlichkeiten er sich in seinem „Finanzkapital“ beschäftigt hatte, in dieser Disproportion spielt, schweigt er sich weidlich aus, ebenso wie auch über das Problem der Kaufkraft der Bevölkerung, die von bürgerlichen Gelehrten auf dieser wissenschaftlichen Tagung erörtert wurde.

In der Frage der Uebervölkerung und der Erwerbslosigkeit hielt Prof. Aereboe ein interessantes Referat über die Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft. Professor Mombert wies den ganzen Ernst dieses Problems nach — in erster Linie für Deutschland, wo, seinen Ausführungen nach, die jährlichen Reparationszahlungen zur Uebervölkerung und zum Sinken der Arbeitslöhne führen werden. Daß es Deutschland gelingen wird, durch Rationalisierung der Wirtschaft die Ausfuhr zu steigern, glaubt er nicht, da in Deutschland Kapitalmangel herrscht und die Kapitalbildung durch die Reparationslasten geschwächt wird. Die Uebervölkerung kann nicht deutsche Einzelercheinung bleiben und wird sich auf ganz Europa ausdehnen müssen. Er schließt sein Referat mit den Worten von Keynes: „Wie die Dinge heute liegen, ist Deutschland der wirtschaftliche Gefahrenpunkt Europas“. Vielleicht übertreibt er aus patriotischen Gründen, wenn er das Problem der Reparationslasten wieder in den Vordergrund stellt. Daß aber diese Gefahr

tatsächlich besteht, zeigt das gewaltige Arbeitslosenheer, das trotz einer gewissen Hebung der Konjunktur in Deutschland im Wachsen begriffen ist. Prof. Winkler beklagt sich über das Sinken des allgemeinen Lebensniveaus der österreichischen Arbeiter. Auch eine Reihe anderer Professoren, darunter Oppenheimer, äußerten sich zu dieser Frage. Das Interessanteste sind aber die Worte Eggerts, der die Versammelten daran erinnerte, daß eine nach Millionen zählende Erwerbslosenarmee auf die Dauer nicht außerhalb der Betriebe erhalten werden kann. „Noch ist in Deutschland alles ruhig — wohl uns! Aber wir gehen mit fast zwei Millionen Erwerbslosen und fast ebensoviel Kurzarbeitern in den Winter hinein, und man wird auf die Dauer diese Erwerbslosen und Kurzarbeiter nicht mit Notstandsarbeiten abspesen können“. Die Aufgabe ist — den Erwerbslosen wieder Arbeit zu geben. Die Lösung dieses Problems ist, seinen Worten nach, nur in der Verbilligung der Produktion zu finden, wodurch der Konsum und damit auch die Produktion gesteigert wird. Doch liegt seine Lösung in Wirklichkeit viel tiefer. Jedenfalls denkt der moderne monopolistische Kapitalismus nur wenig an die Verbilligung der Produktion.

MANABENDRA NATH ROY

INDIEN

(Unter Mitwirkung von Abani Mukherji)

II. Auflage

AUS DEM INHALT:

Vorwort zur deutschen Ausgabe. Einleitung. 1. Das Wachstum der Bourgeoisie. 2. Die Lage der Landbevölkerung. 3. Das Proletariat: Historischer und sozialer Hintergrund. 4. Das Proletariat: Entwicklungs-Prozeß. 5. Das Proletariat: Gegenwärtige Lage und Zukunft. 6. Die politische Bewegung: Historischer Hintergrund. 7. Die politische Bewegung: Moderne Bewegung. 8. Gegenwärtige Lage. Rückblick und Ausblick.

229 Seiten

br. M. 2.—

P. SEMARD

MAROKKO

AUS DEM INHALT:

Die geographische Lage Marokkos. Die Wirtschaftslage Marokkos. Die politische Lage Marokkos. Geschichte des französischen Protektorats von 1845 bis Kriegsende. Die Abd el Krim. Der Kampf gegen den Islam Internationale Komplikationen und Verhandlungen über Marokko.

165 Seiten

br. M. 1.—, geb. M. 2.—

VERLAG CARL HOYM NACHF.

HAMBURG

BERLIN NW 6